

FANFARE



DAS INFOBLATT DER
FREIEN DEUTSCHEN JUGEND



Wer das Geld hat
hat die Macht
und
wer die Macht hat
hat das Recht

bundesdeutsche "Freiheit"
endet spätestens am SEK!

Editorial & Inhalt

Druschba,

nach nunmehr 42 Fanfaren dann doch noch anzufangen, also quasi auf keinen Fall zu früh, in aller Regelmäßigkeit und, jetzt versprochen, immer, ein Editorial vor jedes Heftchen zu stemmen spricht nicht gerade von Geschwindigkeit, jedoch von Entwicklungsfähigkeit. Hört, hört!

Mayday-Fanfare ist angesagt, chronologisch korrekt schauen wir uns deshalb im derzeitigen Exemplar die Geschichte des zweitschönsten Maitages, des 1. an. Als weltweiter Kampftag der Arbeiterklasse ist er der beste Zeitpunkt, um sich mit den aktuellen Angriffen auf eben jene Klasse zu beschäftigen. Die sogenannte Gesundheitsreform setzt auf diesem Gebiet sicher neue Maßstäbe und wird im Heft von einem angehenden Arzt beleuchtet.

Den bisher größten Angriff auf die internationale Arbeiterklasse jedoch, den zweiten deutschen Weltkrieg, bezahlte das Faschistenpack mit einer verheerenden Niederlage. Was uns zu jenem Tag im Mai des Jahres 45 bringt, an dem in Berlin der Traum vom 1000jährigen Reich nach 12 grauvollen Jahren vor den Gewehrläufen der Roten Armee fürs erste gründlich ausgeträumt war.

Anlässlich des Tages der Befreiung haben wir uns diesmal ein besonderes Goodie einfallen lassen und reichen dem Leser (neben unsrem Herzen, natürlich) ein tau- und druckfrisches Poster zum Achten, davor lässt sich's prima einen auf die Antihitlerkoalition heben.

Mit dem Feiern dieses Sieges des Lebens über den Tod ist es aber leider nicht getan. Wie weit entfernt wir von der Erfüllung der Forderungen der Völker sind, die uns vom Inferno des 2. deutschen Weltkrieges befreien, wird durch ein bundesdeutsches „Geschichtsbewusstsein“ zur Schau gestellt, das einer NPD das Agieren, Hetzen, Jagen und Töten erlaubt. Warum wir in einer Front mit der VVN/BdA und vielen Anderen das sofortige Verbot dieser Partei fordern und eine Demokratie nicht aushalten, die eine NPD aushält, wird besprochen im gleichnamigen Artikel.

Gleiches bundesdeutsches „Geschichtsbewusstsein“ ist es auch, das seine entsetzliche Fratze zeigt im Umgang mit den Zwangsarbeitern Nazideutschlands. Das aktuelle Gerichtsurteil über ihre NICHTentschädigung spricht Bände über diesen Staat und seine Justiz, die

nie eine Entnazifizierung erfahren hat. Auch hierzu melden wir uns zu Wort.

Ihr seht: es ist schwer, über bundesdeutsche Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu schreiben ohne den Rückschluss auf den Sieg der Antihitlerkoalition über den deutschen Imperialismus, denn welche Lehren daraus gezogen wurden, spielt sich jeden Tag vor unseren Augen ab. Wie weit man es, wie weit wir es wieder haben kommen lassen, zeigt die heutige Rolle der BRD in Europa. Wie beängstigend, wie tragend diese ist, dokumentieren wir seit Jahren und haben auch diesmal wieder von neuen Entwicklungen zu berichten, leider.

Dass alles aber auch ganz anders laufen kann, haben die kubanischen Freunde uns und der Welt bewiesen. Wie man sich auf eine Delegationsreise nach Kuba vorbereitet, ist auch hier nachzulesen.

Was bleibt, ist all den Befreiern ein Spasibo, Thanks, Merci und Danke auf allen Sprachen der Welt zu sagen. Wir stehen in eurer Schuld, die da lautet:

**Nie wieder Großdeutschland!
Nie wieder Faschismus!**

Redaktion FANFARE

• Erster Mai - Kampftag der Arbeiterklasse	S. 3	• Die Miami Five,	
• Warum sind die deutschen Arbeiter so wenig		Gefangene des Imperialismus	S.17
kampfbereit?.....	S.5	• Hauptfeindfrage und G8	S.18
• Grußadresse der FDJ an die Auszubildenden der		• Staatsumbau konkret - zur zivil-militärischen	
Lehrwerkstatt Opel Bochum	S.6	Zusammenarbeit in Heiligendamm.....	S.19
• Zur Gesundheitsreform.....	S.7	• Zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft	S.21
• Achter Mai - Tag der Befreiung	S.9	• Warum die Losung »Germans go home« gegen	
• NONpd - NPD-Verbot jetzt!	S.12	den deutschen Militarismus noch nicht ganz	
• NICHTentschädigung	S.13	ausreichte	S.23
• Buchbesprechung - Ilja Ehrenburg: „Sturm“ ...	S.14	• Achsenmächte	S.24
• „Woher kommen wir?“	S.16	• Rechtsextremistische Gedenkfeiern stoppen!	
		Nein zur Annaberg Gedenkfeier in Schliersee. S.26	

Die Geschichte des 1. Mai ist die Geschichte der kämpfenden Arbeiterklasse. In ihr spiegeln sich demzufolge auch alle Höhen und Tiefen, alle fortschrittlichen und hinderlichen Strategien wieder.

Gegründet wurde der 1. Mai als internationaler, weltweiter Kampftag der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie, die Kapitalisten. Die ersten Maifeiern waren Tage, an denen in allen Ländern die Arbeiter die Arbeit niederlegten und gegen ihre Ausbeuter auf die Strasse gingen. Also quasi ein internationaler Generalstreik.

Die Kapitalisten setzten alles daran, dies zu verhindern, und die Arbeiterklasse musste an ihrem Kampftag stets mit blutigen Opfern rechnen. Hierzu ein Zitat aus einem Fazit, dass 1926 die „Gewerkschaft“, das Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zog. Und dies war keine Übertreibung: „Es ist schon eine eigenen Sache um den Weltfeiertag des Proletariats, um die Feier des 1. Mai. Ein Fest ist er, aber eins, das immer mit schweren Opfern bezahlt wurde, das Aussperrungen brachte und Blut fließen sah.“

Die großen Erfolge waren aber unübersehbar:

Die ersten 1. Mai-Kampftage waren eine Riesen-Machtdemonstration der Arbeiter, und den Kapitalisten schoss sofort die Angst in die Adern. Man versuche sich da mal reinzudenken: So was war vor 1890 vollkommen unbekannt – ein Kampftag der Arbeiterklasse, wo an einem quasi regulären Arbeitstag 1890 allein 100.000 Arbeiter in Hamburg und Berlin, anstatt brav ihre Arbeitskraft in die Fabrik der Kapitalisten zu tragen, beschließen, gemeinsam ihre Kampf-forderungen für eine andere, eine bessere Gesellschaftsordnung – den Sozialismus – zu formulieren und auf die Strasse zu tragen.

Und es war auch allen klar, dass dieser Tag nicht zustande kam, weil man lange gebettelt hatte und den Herrschenden in den Arsch gekrochen ist, sondern er kam zustande, weil die Arbeiter auf ihre eigene Stärke vertrauten und gemeinsam kämpften.

Dies war der praktischer Beleg für die Strophe aus Brechts Einheitsfrontlied:

**„Und weil der Prolet ein Prolet ist, drum wird ihn auch kein Anderer befreien. Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein.“
(Einheitsfrontlied)**

„... und weil der Prolet ein Prolet ist, drum wird ihn auch kein Anderer befreien. Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein.“

Die Gegenstrategien des Kapitals waren dementsprechend hart und geschickt. Warum, macht folgendes Zitat klar. Die Zeitung „Arbeitgeber“, das Zentralorgan der Unternehmerverbände, veröffentlichte: „Auch in der Republik gilt der 1. Mai der Propaganda des Umsturzes, der Beseitigung des Privateigentums und der Errichtung der proletarischen Diktatur. Gleichgültigkeit gegenüber der Maifeier bedeutet Kapitulation vor dem Marxismus.“¹

Zum Einen wurden Blutbäder an den Arbeiterinnen und Arbeiter angerichtet. Die Reichspolizei ermordete allein 1929 in Berlin auf der 1. Mai-Demonstration der KPD 31 ArbeiterInnen und fügte 300 weiteren schwere Schusswunden zu.²



Eine andere Strategie war die Einbindung der Sozialdemokratie für die Interessen der Kapitalisten. Mit dem Ersten Weltkrieg brach die Sozialistische Internationale auseinander. Die SPD entschied sich, gemeinsam mit den Herrschenden zusammenzuarbeiten und verriet die Arbeiterklasse. Fürs

deutsche Vaterland, also sprich für die Interessen des deutschen Kapitals wurden Lohnforderungen und Maikundgebungen abgelehnt.

Die SPD forderte die Arbeiter auf, für die Profite des deutschen Kapitals in den Schützengräben gegen Arbeiter aus anderen Ländern zu kämpfen, anstatt den Kampf gegen ihre wahren Feinde, gegen die deutschen Kapitalisten zu führen.

Stellt euch vor, was dass geheißen hätte, wenn mitten im Krieg, wo die Arbeiter gegeneinander im Namen ihrer Herren in den Krieg geschickt werden, ein Kampftag der internationalen Arbeiterschaft gegen eben jene Herren stattfindet – wo die Arbeiter gemeinsam gegen die Kapitalisten kämpfen, anstatt gegeneinander für die Kapitalisten – absolut unakzeptabel für die Kapitalisten. Und obwohl es noch schärfer verboten war, gab es auch während des 1. imperialistischen Weltkriegs Kampftage, die aber nur von wenigen Menschen durchgeführt wurden, die sich gegen die Taktik des sogenannten „Burgfriedens“ stellten. Der Spartakusbund, der später zur KPD wurde, rief bereits ab 1916 wieder zu Maidemonstrationen auf. Noch während des Krieges gab Karl Liebknecht am 15. Mai die heute noch aktuelle Losung aus: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“. Die Losung richtete sich klar gegen die nationalchauvinistische Stimmung im Land. Eine dritte Möglichkeit für die Kapitalisten war der Faschismus.

Der „Integration“ der Arbeiter in die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ maßen die Faschisten hohe Priorität zu. Eine Schlüsselrolle hierbei sollte die Maifeier 1933 einnehmen.

Mitte April 1933 notierte Goebbels³: „Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt. Gleichschaltung auch auf diesem Gebiet (...). Es wird vielleicht ein paar Tage Krach geben, aber dann gehören

sie uns.“

Im April 1933 erklärte Hitler den 1. Mai zum „Feiertag der nationalen Arbeit“. Daher kommt auch der Begriff „Tag der Arbeit“. Also achtet das nächste Mal darauf, wenn in den bürgerlichen Medien berichtet wird, wessen Begriffe sie wohlwissend verwenden.

Die Arbeiter sollten sich mit der nationalen deutschen Arbeit identifizieren, anstatt gegen die Bedingungen, unter denen sie zu arbeiten hatten, zu rebellieren. Sie sollten nicht aufbegehren gegen ihren „Volksgenossen“, den „guten Arbeitgeber“, sondern sich stolz fühlen, von ihm ausgebeutet zu werden und sich bereit erklären, für ihn und seine Interessen andere Länder zu überfallen.

Hier zeigte sich am deutlichsten, welchen 1. Mai sich die deutsche Bourgeoisie wünschte. Die deutsche Klassenversöhnung, also die „deutsche Volksgemeinschaft“ sollte zum Ausdruck gebracht werden. Dies heißt, die Bourgeoisie an der Spitze des Volkskörpers, die Arbeiter unten, und sie sollen sich gefälligst damit identifizieren, dass dies eine biologische Naturgegebenheit sei und sich auch noch stolz fühlen, damit zum Wohl Deutschlands, sprich der deutschen Bourgeoisie, beizutragen.

Und um jene Volksgemeinschaft herzustellen, bedienten sich die Faschisten eben auch des 1. Mai, indem sie ihn in ihrem Sinne umdrehten.

Der Gedanke, den 1. Mai in seiner ursprünglichen Form zu feiern, ließ sich jedoch nicht zerstören. Er lebte in kleinen Gruppen weiter, die sich unter großen Gefahren in Ausflugslokalen oder im Wald zu illegalen Kundgebungen trafen. Selbst in den Konzentrations- und Vernichtungslagern der faschistischen Schreckensherrschaft war der Maigedanke nicht totzukriegen. Der 1. Mai war bis 1945 immer wieder Anlass für Aktionen von Oppositionellen. Sie traten mit symbolträchtigen, oft waghalsigen Aktionen an die Öffentlichkeit. Am 1. Mai 1934 z.B. fällten Unbekannte die von Hitler am 1. Mai 1933 auf dem Tempelhofer Feld in Berlin gepflanzte deutsche Eiche.

In jüngster Zeit versucht jedoch auch der Neonazismus verstärkt, den 1. Mai wieder für sich zu beanspruchen. Mit Slogans wie „Arbeit zuerst für Deut-



sche“ wollen Faschisten den 1. Mai für sich instrumentalisieren.

Die vierte Methode ist, den 1. Mai zu einem zahnlosen Sonntagsspaziergang verkommen zu lassen. Mittlerweile sind die Kundgebungen des DGB ja auch eher zum Volksfest verkommen worden, und so schreibt der DGB München selbst auf der Homepage: „Der 1. Mai ist inzwischen das wohl größte nichtkommerzielle Musik- und Kulturfest in Münchens Innenstadt. Trotz der jeweils fast einjährigen Vorbereitungszeiten für die Maiveranstaltungen (...) ist es uns mit dem 1. Mai gelungen, den sogenannten Erneuerungs- und Modernisierungsprozeß – ein neues Bild der Gewerkschaften – in der Öffentlichkeit zu präsentieren.“

Zum Kontrast der Losungen der Helfershelfer der Kapitalisten sei folgend Ernst Schneller (Lehrer und KPD-Reichstagsabgeordneter) zitiert, der

1944 im KZ Sachsenhausen von den Faschisten ermordet wurde. Sein kurzer Artikel bringt die Aufgaben und Ziele eines revolutionären 1. Mai auf den Punkt. Eines 1. Mai der Interessen der Arbeiterklasse und des Fortschritts der Menschheit.

„In allen Ländern der Welt sammeln sich am 1. Mai die revolutionären Arbeiter, die um Freiheit kämpfenden Kolonialsklaven unter dem roten Banner des Sozialismus, um ihre internationale Solidarität zu bekunden und sich über Grenzen, Gebirge, Wüsten und Weltmeere hin die Hände zu reichen: Wir sind ein Fleisch und Blut, wir leiden eine Not und Knechtschaft, wir kämpfen einen Kampf und ersehnen einen Sieg: Sturz der Macht der Imperialisten, Zertrümmerung ihrer Gewaltmaschine, ihres Unterdrückungsapparates, Errichtung der Herrschaft des Proletariats – für den Aufbau des Sozialismus! Der 1. Mai steht mehr als je im Zeichen

des Kampfes zwischen den zwei großen Fronten, die sich immer stärker, klarer herausbilden: Hier die Front der Imperialisten und ihrer Nutznießer, ihrer reformistischen und ihrer faschistischen Helfershelfer, und hier die Front des Proletariats und aller Werktätigen, aller vom Kapital Ausgeplünderten und Unterdrückten; hier Imperialismus – hier Kommunismus, hier Diktatur des Kapitals – hier Kampf um die Errichtung der Diktatur des Proletariats, hier Vorbereitung gewaltiger imperialistischer Kriege – hier Vorbereitung der Kämpfe für die soziale Revolution!

Arbeiterklasse gegen Ausbeuterklasse! So ist der 1. Mai für das revolutionäre Weltproletariat ein Kampftag zur Sammlung der Massen: Gegen die Kapitaloffensive; gegen die faschistischen Verbände; gegen die reformistische Politik der Spaltung und Verwirrung der Arbeiterklasse; gegen die Kriegsvorbereitungen der großen kapitalistischen Weltmächte; gegen Imperialismus und Militarismus! Alle Arbeiter hinein in die rote Front, in den Kampfblock der Werktätigen in Stadt und Land für das große Werk der Zertrümmerung und Vernichtung der Kapitalswirtschaft und für die Errichtung einer revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Regierung!

Es kann keine Gemeinschaft mit den Besitzern der Fabriken, Bergwerken, Hochöfen, der Banken, der großen Güter geben. Insbesondere wenden wir uns an die proletarische Jugend: Ihr

seid am stärksten entrechtet, und ihr seid die Hoffnung der Arbeiterklasse! Die herrschende Klasse sieht in euch das Kanonenfutter eines vielleicht sehr nahen mörderischen imperialistischen Krieges! Wir sehen in euch die erste Reihe, die in der roten Front anstürmt gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen das reaktionäre Regime des Kapitalismus, für den Sieg der Arbeiterklasse! Der Aufmarsch am 1. Mai wird für die herrschende Klasse ein Gradmesser sein, inwieweit sie damit rechnen kann, ohne größeren Widerstand des Proletariats ihren reaktionären Kurs, ihre Kapitaloffensive, ihre Entrechtung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes verstärken zu können! Für uns ist er ein Gradmesser der revolutionären Empörung, des verstärkten Kampfwillens, der Kampfbereitschaft der roten Front!“

Einen 1. Mai als Kampftag wieder zu haben, können wir nur selbst erkämpfen. Auf Hilfe der Herrschenden können und dürfen wir dabei weiß, Gott (oder wer auch immer), nicht hoffen.

Denn nun sei zum Schluss noch einmal an das Zitat aus dem Einheitsfrontlied erinnert: „und weil der Prolet ein Prolet, drum wird ihn auch kein Anderer befreien. Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein.“

JU-Landesvorsitzender Peter Tauber hierzu: „Den Pfingstmontag von Seiten der Wirtschaftsverbände für die

Hier eine Presseerklärung der Jungen Union zum Thema 1. Mai:

Die angestoßene Debatte, ob aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung länger gearbeitet werden muß, hält die JU Hessen für richtig. Neben der Frage längerer Wochenarbeitszeit und der Diskussion um das Renteneintrittsalter ist die Frage, ob Deutschland aufgrund der tiefen Wirtschaftskrise auf einen Feiertag verzichten sollte, ebenfalls berechtigt.

Abschaffung zur Disposition zu stellen offenbart nicht nur Feigheit gegenüber den Gewerkschaften, sondern zeigt auch fehlendes Bewußtsein um die kulturellen und christlichen Wurzeln unseres Landes. Wir fordern stattdessen die Abschaffung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag. Dieser Tag ist der am wenigsten akzeptierte und praktizierte Feiertag der Deutschen. Es würde einigen Genossen sicherlich gut tun den „Tag der Arbeit“ auch durch ihre Arbeitskraft zu ehren, anstatt in kleinen Grüppchen den „Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse“ hochleben zu lassen.

Ray

[Footnotes]

1 zitiert nach Schuster 1991, S. 63.

2 Erinnerungen Günter Freyer, Blutmai 1929

3 Joseph Goebbels in „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“



Warum sind die deutschen Arbeiter so wenig kampfbereit?

Auszug aus der Artikelreihe der Kommunistischen Arbeiterzeitung KAZ (Nr. 313), „Warum sind die deutschen Arbeiter so wenig kampfbereit?“

Eine brennende Frage, die viele linke Gewerkschafter, jeden, der die Arbeiterbewegung auch nur ein Stück nach vorne bringen will und jede und jeden, die/der gegen Erwerbslosigkeit, gegen die ganzen Hartz-Schweinereien, gegen steigende Armut, Rassismus, Krieg usw. aktiv ist, beschäftigt. Hierbei äußern insbesondere junge, engagierte Menschen ihr Unverständnis und teilweise ihre Wut und Verzweiflung über das Verhalten, das Nichtstun und Nichtaufmucken der Mehrheit der deutschen Arbeiter. Das umso mehr, als in den letzten Jahren immer wieder von größeren Streiks, von Generalstreiks der Arbeiterklasse in Frankreich, Italien, Griechenland und sogar in Israel (wurde in den Medien besonders klein gehalten) und in anderen Ländern in Presse, Funk und Fernsehen berichtet wurde. Über sechs Millionen waren in Italien vor rund drei Jahren auf der Straße, als der korrupte Regierungschef Berlusconi den Arbeitern den gesetzlichen Kündigungsschutz nehmen wollte. In Frankreich, Griechenland und Israel war es ähnlich, als die Regierungen versuchten, die Bedingungen für die Renten zu verschlechtern. Hierbei bedurfte es keiner größeren Aufrufe der Gewerkschaften, um die dortigen Arbeiterinnen und Arbeiter dazu zu bringen, die Angriffe von Kapitalisten und Regierungen auf ihre Klasse auch gemeinsam als Klasse abzuwehren.

Ganz anders in diesem Lande. Hier sind die Streiks der Arbeiter in den anderen Ländern noch kein sich in der Praxis auswirkendes Beispiel dafür, dass es unbedingt notwendig ist, sich als Klasse zu wehren. Abgesehen von wenigen Streiks in einzelnen Betrieben werden „Schröder Agenda 2010“, Hartz I-IV, die ganzen Angriffe auf die Sozialversicherung, auf Rentenalter, Renten- und Lohnkürzungen usw. und die damit verbundenen gegen die ganze Klasse gerichteten Grausamkeiten, Demütigungen und Erniedrigungen ohne ernsthafte Gegenwehr hingenommen. So zu sagen, als wären sie unabänderliches „Schicksal“, in das man sich zu fügen

hat. Eine keinen Widerstand duldende „Strafe und Buße“, um das „Unrecht“ wieder gut zu machen, welches den Kapitalisten in der Vergangenheit mit den ihnen im Kampf abgerungenen Rechten und Tarifverträgen angetan wurde. Ganz in diesem Sinne verhalten sich große Teile der Arbeiterklasse. Wie die Medizinmänner, die den „Göttern der Finsternis“ auf dem Altar der Unwissenheit Menschenopfer u. a. brachten, um sie „freundlich zu stimmen“, servieren sie den Kapitalisten in „Zusammenarbeit“ mit den Gewerkschaftsführungen (auf sie kommen wir noch zurück) ihre Löhne und Tarifverträge auf dem Silbertablett. Wie ehemals die Götter sollen auch die Kapitalisten durch die Lohnopfer, Arbeit ohne Lohn usw. „freundlich gestimmt“, vom guten Willen der Arbeiter und Gewerkschaften überzeugt werden. Dafür sollen sie das im Kapitalismus Unmögliche wahr machen – die Arbeitsplätze sichern!

Mit der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, wie das sehr häufig als Ursache für die fehlende Gegenwehr, für das Nichtstun angeführt wird, können die deutschen Arbeiter ihr Verhalten alleine nicht rechtfertigen. Diese Angst und Befürchtung gibt es in anderen Ländern auch und trotzdem kommt es zu Massenaaktionen von großen Teilen oder der ganzen Arbeiterklasse. Dass dies in diesem Lande angeblich nicht möglich ist bzw. den Arbeitern wesentlich schwerer fällt, dafür gibt es Gründe, die in der nicht gerade „ruhmreichen“

Entwicklungsgeschichte der Deutschen, des deutschen Volkes liegen. Dabei geht es um u. a. Jahrhunderte lang anerzogene Denk- und Verhaltensweisen, die von den Herrschenden gerne als so genannte „preussische Tugenden“ bezeichnet, gelobt und durch entsprechende „Menschen-dressur“ eingeimpft wurden und werden. Es handelt sich hierbei immer noch um eine weit verbreitete Staats- und generell um Obrigkeitshörigkeit. Was in der Praxis heißt, immer warten auf den

Befehl von „oben“. Ohne ihn oder dagegen geht nichts. Z. B. ohne Streikaufruf der Gewerkschaftsführung kein Streik! Ohne den Betriebsratsvorsitzenden, ohne oder gegen die Meinung des Betriebsrates kann die Belegschaft nichts machen. „Tugenden“ wie „Gehorsam ist die erste Bürgerpflicht“, „Ordnung muss sein“, „Wohlverhalten“ bis zum „geht nicht mehr“, spielen hierbei ebenso eine große Rolle. So wurde z. B. der ehemalige IGM-Vorsitzende Zwickel 2004 von den Streikenden im Osten nicht dafür zur Rechenschaft gezogen, dass er ohne auch nur ein Wort mit ihnen darüber gewechselt zu haben, vor die Presse trat und ihren Streik für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in selbsterhöchster Manier einfach abbrach. Die Grenze zur Unterwürfigkeit, zum Untertanengeist bis zum Stramm stehen vor der Gewerkschaftsbürokratie, den „Hauptamtlichen“ oder beim Anblick eines Polizisten, einer Uniform oder vor Beamten und Angestellten auf Ämtern, ist hierbei fließend. Dabei geht der Legalismus, die Gesetzesgläubigkeit, „alles muss gesetzlich geregelt, legal sein“, über alles. Auch beim Kampf um Lohn oder gegen Entlassungen, gegen den Existenzverlust Hunderter Arbeiterinnen und Arbeiter muss die Straßenverkehrsordnung eingehalten, die Straße für den „freien Bürger“, den Autofahrer frei gehalten werden. Demonstrationen oder Kundgebungen ohne Aufforderung, das Betreten der Straße ohne behördliche Genehmigung sind nicht möglich. Dafür gibt es den „Bürgersteig“. Bevor etwas gemacht werden kann, muss abgesichert sein, dass es auch „legal“ und nicht gegen die allgemein gültige „Ordnung“ verstößt. Und für den Streik gilt z. B. bei manchen: „Wer bezahlt mir den Lohnausfall, wenn ich dabei mitmache?“ Diese Art von Versicherungsdenken ist weit verbreitet. Bei vielen hat sie sich tief in die Köpfe eingegraben und zum großen Hemmnis bei zu treffenden Entscheidungen entwickelt. Besonders, wenn es darum geht, für die eigenen Interessen zu kämpfen und „auf die Straße zu gehen“.

...es ist nicht so, dass die Deutschen Arbeiter nicht kämpfen können. Und auch unsere Vorfahren, die Bauern und Plebejer, waren nicht feige gewesen im deutschen Bauernkrieg. Es hat gi-

Grußadresse an die Auszubildenden der Lehrwerkstatt Opel Bochum

gantische Klassenkämpfe gegeben in diesem Land, und wir hatten das Zeug dazu, auch so etwas hinzukriegen wie die russische Oktoberrevolution – und wenn wir sie hingekriegt hätten, sähe heute die ganze Welt wohl anders aus. Die deutsche Arbeiterklasse hat harte revolutionäre, bewaffnete Kämpfe geführt, und hatte dabei immer Aufgaben der bürgerlichen Revolution nachzuholen. Es gab bei uns immer diesen Nachholbedarf, weil das deutsche Bürgertum in einem Ausmaß die bürgerliche Demokratie verraten hat wie es sonst nirgends in den entwickelten kapitalistischen Ländern der Fall war (dazu findet man nicht nur in diesem Artikel viel Material. Auch zu diesem Thema hat eine andere Arbeitsgruppe in der KAZ Nr.300 unter dem Thema „Stoppt die Kontinuität des deutschen Antisemitismus“ einiges geschrieben). Diese Rückständigkeit der herrschenden deutschen Zustände hat die deutsche Arbeiterklasse im internationalen Maßstab nach vorn geboxt. Die Novemberrevolution 1918, die Rote Ruhrarmee als Antwort auf den Kapp-Putsch 1920, die revolutionären Bewegungen des Jahres 1923 bis hin zum Hamburger Aufstand – all das sind Beweise, dass die deutsche Arbeiterklasse die größte Barbarei in der Geschichte der Menschheit, den deutschen Faschismus, hätte verhindern und aus eigener Kraft eine sozialistische Gesellschaft erkämpfen können. Dass das nicht der Fall war, lag hauptsächlich am Opportunismus und Legalismus in der Arbeiterbewegung unter Federführung der deutschen Sozialdemokratie. Die Rache dafür war fürchterlich – der Auswurf dieser politisch halb noch im Mittelalter stehenden kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland, die faschistische Sammlungsbewegung in- und außerhalb des Staatsapparats, schlug so erbarmungslos zu, dass auf die deutschen Arbeiter umso mehr Feigheit, Obrigkeitshörigkeit und Kleinkrämerei des deutschen Bürgertums abfärben mussten. Auch in der Brust der deutschen Arbeiter steckt der Gendarm. Deshalb besteht die reale Gefahr, dass wir wieder einmal vor lauter Gewaltlosigkeit gegenüber unseren Ausbeutern für diese Herren andere Länder überfallen und morden. Der Gendarm in unserer Brust gehört herausgerissen und endgültig vertrieben.“

Liebe Auszubildende der Lehrwerkstatt Opel Bochum,

Eure Pressemitteilung vom 18. Januar 2007 nehmen wir mit Bestürzung über eure persönliche Lage, aber auch mit Wut auf eure Unternehmensspitze, auf. Der Anfang der organisierten deutschen Arbeiterjugendbewegung begann mit der Gründung des „Verein der Lehrlinge und jugendlicher Arbeiter“ am 10. Oktober 1904. Anlass für die Gründung war der Selbstmord des Lehrlings Paul Mähling im Berliner Grunewald, weil er „den grausamen Brutalitäten seines Meisters mit der Flucht aus dem Leben aus dem Wege ging.“*

Ihr jedoch habt das Bewusstsein und die Entschlossenheit im Kampf für eure Übernahme erworben, eure „Zukunft selber in die Hand nehmen“ zu müssen. Um diesen Entschluss fällen zu können und damit in die Öffentlichkeit zu gehen, braucht es eine starke Organisation im Rücken, die der Lehrling Paul Mähling leider noch nicht hatte.

Der DGB und dessen Einzelgewerkschaften stehen für die Einheit der Erwerbstätigen im Kampf gegen Ausbeutung und Ungerechtigkeit, Rassismus und Antisemitismus und für den Kampf für mehr Lohn und weniger Arbeit, für die Gleichheit und die Grundrechte.

Ausbeutung und Ungerechtigkeit schreiten seit dem größer gewordenen Deutschland voran, Rassismus und Antisemitismus breiten sich in der deutschen Bevölkerung immer mehr aus, wie Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer vom „Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld“ in seinen jährlichen Umfragen, veröffentlicht in „Deutsche Zustände“ beim Suhrkamp Verlag, zeigt.

Aus mehr Lohn und weniger Arbeit wird immer weniger Lohn und mehr Arbeit.

Gleichheit ist seit über Hundert Jahren das Anliegen der internationalen Frauenbewegung, und auch dieses Jahr werden sie dafür am Internationalen

Kampftag der Frauen eintreten.

Die Grundrechte in diesem Land werden in der letzten Zeit massiv abgebaut. Die Herrschenden können die Grundrechte mit Füßen treten und abbauen, ohne dass sich etwas rührt in Deutschland. Ohne eine Bewegung in Deutschland gegen den Abbau der Grundrechte und die Verschärfung der Repressionsmöglichkeiten, wie vor 40 Jahren gegen die Notstandsgesetzgebung, wird der Notstand zum Alltag. Und in einem Land mit weiteren eingeschränkten Grundrechten wird es noch schwieriger sein, gegen solche Maßnahmen wie z.B. der Eurer Ausbeuter, vorzugehen und erst recht „unsere Zukunft selber in die Hand“ zu nehmen. Dies war am 30. Januar auch Thema einer ver.di Veranstaltung in München im Zuge der bundesweiten DGB-Aktionswoche mit fast 200 Zuhörern (anbei die Abschlusserklärung der Teilnehmenden). Deswegen möchte ich auch mit einem Zitat aus dem Jahre 1966 im Kampf gegen die Notstandsgesetze enden: „Die Gewerkschafter haben ein historisch begründetes Recht, als Hüter und Sachverwalter der Demokratie in diesem Lande ernst genommen zu werden.“ Georg Benz (1921-2006), Vorstandsmitglied der IG Metall

Mit solidarischen Grüßen, und dass die Gewerkschafter in naher Zukunft wieder ernst genommen werden,

FDJ

* Wilhelm Pieck, „Reden und Aufsätze“, Band II, S. 69

Zur Gesundheitsreform

Nachdruck eines Artikels, zuerst erschienen im JAV-Newsletter des FBO3 der ver.di-Jugend München

Im Sommer 2003 einigten sich die rot-grüne Regierung und die Opposition auf das „Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung“. Dieses war Teil der Umsetzung der sog. Agenda 2010, also eine Maßnahme unter vielen des gesetzlich verordneten Sozialabbaus und Lohnraubs an den Werktätigen. Die damals neu beschlossene „Praxisgebühr“ und die erhöhten Zuzahlungen z.B. beim Krankenhausaufenthalt, die Streichung des Zahnersatzes, des Entbindungs- und Sterbegeldes usw. entsprach beim damaligen Durchschnittseinkommen der Werktätigen von 2162 Euro¹ einer Nettolohnsenkung um 3 bis 4 Prozent. Hauptargument der Regierung und der Arbeitgeber war damals schon die vermeintlich notwendige „Senkung der Lohnnebenkosten“. Dass nach wie vor aber die Privathaushalte, also die Arbeitnehmer den größten Anteil an den Kosten im Gesundheitswesen hierzulande tragen, wurde dabei nicht erwähnt. Stattdessen wurde immer wieder erklärt, dass der „Standort Deutschland“ unter den zu hohen Lohnnebenkosten leiden müsse. Das ist nicht nur falsch, sondern auch Verarsche: Lohnnebenkosten sind faktisch nichts anderes, als zurückgehaltener Lohn, der Euch später in Form von Rente, Gesundheitsleistungen usw. ausgezahlt werden sollte. Also laßt Euch nicht täuschen - wenn sie von „Senkung der Lohnnebenkosten“ reden, meinen sie Lohnkürzungen!

Die Versprechen der Regierung...

Schön und sozial klingen sie, die Versprechen auf der Homepage des Gesundheitsministeriums. Näher betrachtet ist nicht alles Gold, was beim „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ glänzt. Der Name sagt es schon, es geht hier nicht um eine Stärkung der gesetzlichen Krankenkassen, sondern des „Wettbewerbs“. In der Realität können wir uns darauf einstellen, dass der unsinnige Weg beibehalten wird,

dass Krankenkassen Millionen Euro Beiträge in die Werbung neuer, junger Beitragszahler stecken, anstatt in die Versorgung der Kranken. Die Regierung spekuliert auf „Besserung der Wirtschaftlichkeit durch mehr Transparenz, einen intensiveren Wettbewerb und weniger Bürokratie“². Herumreformiert wird allerdings nur bei den Krankenkassen, zu Lasten der gesetzlichen und zu Gunsten der privaten Kassen, die als Vollversicherung erhalten bleiben und für die sich ein zusätzlicher Markt über die neuen Basistarife und Wahlleistungspakete erschließt. Dass „Stärkung des Wettbewerbs“ für uns als Versicherungsnehmer nicht „Verbesserung der Versorgung“ bedeutet, zeigt auch das Beispiel der Pharmakonzerne. Obwohl die Zahl der Arzneimittelerordnungen in Deutschland rückläufig ist³, steigen deren Gewinne⁴. Die Versicherten, also wir, finanzieren dabei deren absurden Werbeaufwand mit.



Aber was bringt die Reform tatsächlich Neues und für wen?

Grundlegende Neuerungen bringt diese sogenannte Reform für die Versicherten im Wesentlichen in zwei Bereichen. Die Regierung verspricht mit dem Gesundheitsfonds in Verbindung mit der Versicherungspflicht vollmundig die „Krankenversicherung für alle“. Das klingt angesichts der Tatsache, daß in

Deutschland etwa 300 000 Menschen ohne Krankenversicherung⁵ leben erstmal nach einem Schritt nach vorne. Aber: Etwa eine Million Menschen leben als „sans-papiers“, also „Illegale“, in Deutschland⁶, über 30 000 davon in München. Sie alle haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung und daran soll sich nach dem Willen der Regierung auch nichts ändern. „Krankenversicherung für alle“ heißt korrekt also „Krankenversicherung für alle Deutschen“.

Aber auch das ist nur die halbe Wahrheit. Die Einführung des hoch gepriesenen Gesundheitsfonds stellt keinen Schritt hin zu einem solidarisch finanzierten Gesundheitssystem dar. Er belastet z.B. durch die vorgesehene 8 Euro-Pauschale und die 1%-Regelung die unteren Einkommenschichten überproportional, friert aber gleichzeitig den Arbeitgeberanteil ein. Absehbar ist wohl, dass wie bereits heute üblich, Prämien bei Nicht-Inanspruchnahme medizinischer Leistungen ausgeschrieben werden, was sozial Schwache wieder vor die Frage stellt – Versicherung hin oder her – ob sie sich den Arztbesuch leisten können oder nicht.

Eine zweite Neuerung ist die Einführung des Selbstverschuldungsprinzips. Hierbei ist vorgesehen, dass Versicherte „bei Folgeerkrankungen aufgrund nicht notwendiger medizinischer Eingriffe, wie zum Beispiel bei Schönheitsoperationen oder Piercing“⁷ keine Kassenleistungen mehr erhalten. Dass es bei Piercings, Tattoos und Schönheitsoperationen nicht bleiben wird, steht zu befürchten. Mit dem selben Argument von der „Eigenverantwortung“ käme dann als nächstes die Forderung, dass die Folgen des Rauchens, Übergewichts oder ungesunder Lebensführung selbst zu tragen sind. Dass Rauchen⁸, Übergewicht⁹ und ungesunde Lebensführung aber klassische Probleme gerade der ArbeitnehmerInnen¹⁰ und Arbeitslosen¹¹ in Deutschland darstellen, sie also nicht nur selbst- sondern vor allem gesellschaftlich verschuldet sind, wird dabei übersehen.

Außerdem: Die Einsparungen in diesem Bereich dürften minimal ausfallen, verglichen zu der Verschwendung durch z.Bsp. die Preistreiberei der Pharmamonopole (weil es hierzulande keine staatliche Preisbindung für Medi-

kamente gibt) und durch das doppelte Facharzt-System im ambulanten und stationären Bereich.

Was bedeutet die Reform für die (jungen) ArbeitnehmerInnen?

Faktisch werden für Euch, wie auch für die anderen ArbeitnehmerInnen die Kassenbeiträge erstmal steigen, da durch Festschreibung des Arbeitgeberanteils die Mehrkosten auf Euch abgewälzt werden.

Auch wenn der Staat jährlich eineinhalb Milliarden zum geplanten Gesundheitsfonds zuschießen will, so belastet er die Arbeitnehmer unterm Strich stärker, weil durch Erhöhung der Mehrwertsteuer und Senkung der Zuschüsse aus der Tabaksteuer sein Anteil an der Finanzierung der Gesundheitskosten geringer als vor der Reform sein wird. Für die öffentlichen Häuser wird sich der Privatisierungsdruck weiter erhöhen. Es bleibt zu befürchten, dass die weitere Privatisierung ganzer Häuser oder Teilbereiche durch Outsourcing zu einer weiteren Zerfaserung und Aufteilung des Krankenhauspersonals führen wird, die den Kampf um vernünftige Arbeitsbedingungen zunehmend weiter erschwert. Die KollegInnen der städtischen Kliniken haben gegen Privatisierungspläne der Stadt München bereits im Dezember 2006 bei der Stadtratssitzung protestiert.



Biohazard?

Muss man denn immer alles schwarz sehen?

Fortsetzung des schleichenden Ausstiegs aus der gesetzlichen Krankenversicherung, Zementierung der Zwei-Klassen-Medizin, höhere Belastungen für die ArbeitnehmerInnen. Neben diesen Tendenzen wirken die wenigen „Trostpflaster“ der Regierung in der Gesetzesänderung etwas blass: Uns werden Verbesserungen in den Bereichen der betrieblichen Gesundheitsvorsorge versprochen, Verbesserung der Organisation der Anschlussheilbehandlungen, sowie die Übernahme von Impfkosten, Mutter-Vater-Kind-Kuren und geriatrischen ReHa -Maßnahmen durch die gesetzlichen Kassen. Hier von einem Erfolg zu sprechen würde aber die eben genannten Negativtendenzen schönfärben.

Was tun?
Die kämpferischen und erfolgreichen Streiks im öffentlichen Dienst im vergangenen Jahr haben es gezeigt: Verbesserungen sind möglich. Dennoch sorgen Besserungen im Tarifvertrag nicht automatisch für eine sozialere Gesundheitsversorgung. Die Auseinandersetzung muß über den Tarifikampf hinaus geführt werden. Die Bezirkskonferenz von ver.di München hat deshalb eine Forderung an den ver.di-Bundesvorstand verabschiedet, sich bundesweit für ein „allumfassendes Streikrecht nach den Maßgaben der europäischen Sozialcharta einschließlich des politischen Streiks und des Generalstreiks“ stark zu machen. Nur gemeinsam organisiert können die ArbeitnehmerInnen Ihre Macht dem staatlichen organisierten Sozialabbau wirkungsvoll entgegensetzen.

Ed

[Footnotes]

- 1 nach: Statistisches Bundesamt - http://www.destatis.de/themen/d/thm_loehne.php
- 2 http://www.die-gesundheitsreform.de/gesundheitspolitik/pdf/gesundheitsreform_2007_fundament_gesundheitsversicherung.pdf?param=reform2006
- 3 Von 771 auf 742 Millionen Euro, von 1981 bis 2001, trotz Anschluss der DDR. Quelle: Eckert, Peter: Gesundheit unter dem Profitdiktat des Pharmakartells. Isw-Report Nr 48, München 2001
- 4 Von 7 auf 21 Milliarden Euro im gleichen Zeitraum, ebda.
- 5 Schätzung Statistisches Bundesamt. Nach: http://www.focus.de/politik/deutschland/gesundheitspolitik/gesundheitsreform_id_43831.html
- 6 http://www.mdr.de/nah_dran/1537683.html und http://www3.ndr.de/ndrtv_pages_std/0,3147,OID2762102_REF2462,00.html
- 7 http://www.die-gesundheitsreform.de/presse/pressemitteilung/dokumente/2006_4/pm_2006-10-25-121.html
- 8 http://www.rki.de/cln_048/nn_196910/DE/Content/GBE/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsB/Beitrag_Rauchen.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Beitrag_Rauchen.pdf
- 9 <http://www.faz.net/s/Rub5A6DAB001EA2420BAC082C25414D2760/Doc~E7E2853BF0120412EA68EC8A62DB90C20~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
- 10 Lampert, Saß, Häfelinger, Ziese: Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit - Expertise des Robert Koch-Instituts zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Robert Koch-Institut, Berlin 2005
- 11 http://www.rki.de/cln_048/nn_199850/DE/Content/GBE/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsT/arbeitslosigkeit.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/arbeitslosigkeit.pdf



8. Mai: Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus

Sechs Jahre lang hatte Deutschland die Welt als Geisel genommen; es wurde nötig, dass sich der gesamte Erdball gegen den Faschismus verbündete, ihn zu zerschlagen.

„Mögen Andere von ihrer Schande sprechen, ich spreche von der eigenen.“

(Bertolt Brecht)

Kurz nach dem Krieg, als man statt auf dem tausendjährigen Thron der Weltherrschaft nun in den eigenen Ruinen saß, verschlug es dem deutschen Bürger erst mal die Sprache, keiner wollte mehr vom Kriege reden. Heute jedoch redet der friedensliebende deutsche Bürger viel von den Kriegen und Kriegsverbrechern der Welt, spürt sie in den entlegensten Winkeln auf und fühlt sich berufen, aufgerüstet einzugreifen – humanitär, versteht sich. Und tief erschüttert wendet das mit unschuldiger

Asche berieselte Haupt seinen Blick über den großen Teich nach Westen und anderswo, und man zeigt mit in Unschuld gewaschenen Fingern auf die Schande der Anderen.

1933 übergab die herrschende Schicht Deutschlands den Faschisten, vertreten durch Hitler und seine NsdAP, die Macht im Staat und die Aufgabe, diese in ihrem Sinne anzuwenden. Jeder, der Augen und Ohren hatte, sehen und hören wollte, wusste, welcher Weg damit eingeschlagen wurde:

Der Weg in den nächsten Weltkrieg.

Lange vor der Machtübergabe an Hitler hatte sich dieser Weg täglich unüberhörbar angekündigt. Die Warnung der KPD: »Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!« verhallte in einem ohrenbetäubenden Jubel für Führer, Volk und Deutsche Bank.

Schon sechs Jahre später begannen die deutschen Faschisten mit dem

Überfall auf Polen ihren Krieg gegen die Menschheit. Doch noch bevor Warschau brannte, wütete der Faschismus dort, wo er herkam. Zu Tausenden steckten die Mörder und ihre Handlanger deutsche Antifaschisten, Demokraten und Kommunisten in die Konzentrationslager. Und wenn die sich gegen die Nazis nicht einig waren, so lange diese noch schwach waren; in Sachsenhausen, Buchenwald, Dachau und anderswo fanden sie sich jetzt vereint wieder. Sie waren entrechtet, denn jedes Menschenrecht war abgeschafft in Deutschland. Mehr als 50 Millionen wurden im Inferno des Zweiten Weltkrieges ermordet. Zerfetzt von deutschen Granaten, erstickt an deutschem Giftgas, erschlagen mit deutschen Gewehrkolben.

„Wie ein Licht in dunkler Nacht“

Doch die Menschen haben zurück geschlagen, Menschen in den Ländern, die Deutschland überfiel, Menschen im Hagel deutscher Bomben, Menschen hinter dem Stacheldraht deutscher Konzentrationslager, Menschen überall in der Welt. Menschen, die Antifaschisten waren. Diese Menschen sorgten dafür, dass dieser Krieg beendet wurde, dass Deutschland dazu gezwungen wurde, endlich aufzuhören mit dem Erschießen, Erschlagen, Verbrennen, Vergasen. Der Weg zu diesem Sieg über Deutschland war der schwerste Weg, den die Menschheit je gegangen ist.

Wie viele ihr Leben auf diesem Weg ließen, weiß keiner genau; zu viele, um sie zu zählen. Doch trotz all dieser Berge von Toten siegte die Menschheit über Nazideutschland. siegte das Leben über den Tod. Und dieser Sieg bringt uns zum 8. Mai. An diesem Tag, im Jahr 1945 errangen die Antifaschisten den Sieg über den deutschen Faschismus. Er wurde in der Hauptstadt des Landes geschlagen, das seinen Namen mit Blut und Giftgas unauslöschbar in das Gedächtnis der Welt gebrannt hat, in Berlin. Dieses Deutschland war endlich geschlagen. Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung der Menschheit vom deutschen Faschismus.

Seit jenem 8. Mai vor 62 Jahren erinnern sich Menschen überall auf der Welt in Trauer an den Tod der Millionen Ermordeten und in Festen an den Sieg des Lebens.

Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER Ein Volksmärchen

Bestellung und Kontakt:

Aktionsbüro „Himmlische Vier“
aktionsbuero@himmlischevier.de
www.HimmlischeVier.de



Das

Buch

erschienen Februar 2007

Hardcover mit DVD 30€ - Paperback 20€

Die DVD
erschienen Dezember 2006
Jewelcase, 45 Minuten 12,-€



Enthält: Die Reden der Himmlischen Vier und aller anderen • 50 Seiten Bilder • Die Chronik der juristischen Auseinandersetzung.



Außer in der BRD. Das mag seinen Grund darin haben, dass die deutschen Firmen, die damals den Faschisten das Geld für ihren Krieg gaben, heute wieder zu den mächtigsten Unternehmen der Welt zählen. Das mag daran liegen, dass in diesem Land nur ungern auf die Geschichte aufmerksam gemacht wird und sie lieber so erzählt wird, dass unklar bleibt, wer diesen Krieg begonnen und wer ihn beendet hat. Das mag vielleicht auch daran liegen, dass schon wieder deutsche Soldaten ihre Stiefel in fremde Länder setzen, auch dorthin, wo man sich noch in Entsetzen an ihren Klang erinnert.

Unser Dank heißt Widerstand

Den Millionen von Menschen, den vielen Staaten der Antihitlerkoalition, der Sowjetunion und ihren Verbündeten, all denen, die gegen Nazideutschland gekämpft haben und das Leben gelassen, all denen zu danken, erschöpft sich nicht im Erinnern und Gedenken. Auch wenn selbst dies in diesem Land vielen nicht leicht fällt, niemals in den Sinn kommen würde, viel lieber von »Kapitulation« oder »Kriegsende« geredet wird. Einen Dank für die Befreiung vom deutschen Faschismus kann es nur geben in Umarmung der Wachsamkeit und des Entgegentretens gegen alles und jeden, der am 8. Mai 1945 »verloren hat« und »Verlorenes« wieder begehrt, die Uhr erneut zurück zu drehen gedenkt und versucht. Gegen alles und jeden, der sich nicht trennen möchte vom deutschen Wesen, dessen Herrenmenschengefühl und Pogromgeschrei. Gegen alles und jeden, der meint, auch nur eine der seit dem 8. Mai 1945 vergangenen Stunden, Tage oder Jahre gäben ihm das Recht und die Ruhe, auch nur die Hand zu erheben, den Mund zu öffnen, um wieder zu hetzen gegen Menschen anderer Religion, Hautfarbe oder Weltanschauung. Gegen alles und jeden, der Geschichte verdreht und Hitlers willige Vollstrecker und Geldgeber mit lautem Wehklagen über

die »Kriegsverbrechen der Anderen« in den Freigang der anonymen »Opfer« des Kriegs entlassen will. Und nicht zuletzt gegen alles und jeden, der wieder deutsche Soldaten auf die Spuren ihrer unsäglichen Vorgänger jagt.

Dieses Entgegentreten ist nicht das Grollen mit der Faust in der Tasche, obwohl das schon verlernt zu sein scheint hier zu Lande. Dieses Entgegentreten ist nicht das Hoffen auf besseres Wetter und das Verschwinden der NPD in der Bedeutungslosigkeit, obwohl sich seit 17 Jahren ungekannte Hoffnungslosigkeit in den Straßen breit macht. Es ist nicht das Ignorieren und Verdrängen, dass es hier wieder nicht geschafft wurde den Nazismus mit seinen Wurzeln zu vernichten und dass ein anderer deutscher Staat damit schon weitaus weiter war, es ernst meinte mit einem Neuanfang. Dieses Entgegentreten ist das Aufstehen gegen den deutschen Faschismus ungeachtet seiner Verkleidungen, auf Straßen, Plätzen, an Schreibtischen, im eigenen Kopf, mit und ohne Arbeit, laut und leise, überlegt und unüberlegt, ja selbst am Abendbrottisch, wenn Vati von »Fremden« erzählt, die ihm den Arbeitsplatz wegnehmen wollen. Immer dann, wenn wieder ein starker Mann die Sache richten soll und Bedarf an »Zucht und Ordnung« festgestellt wird. Wenn getuschelt wird: »Ich hab ja nichts gegen Juden, aber...« So ist es nicht das erste Mal gesagt, so ist es viele Male gesagt worden, und so wird es noch so oft und so lange gesagt, aber vor allem getan werden, bis die Forderungen all jener, die den deutschen Faschismus am 8. Mai 1945 besiegt haben, umgesetzt sind.

Unser Hass den unbestraften deutschen Tätern von damals und heute!

**Unser wachsame Gedenken den Millionen Opfern
der deutschen Nazibarbarei – immer mit Dank im
Herzen an die Befreier.**

FDJ Berlin



Die FDJ Berlin lädt ein:

**5. Mai 2007 Berlin Alexanderplatz
12 Uhr: „Wie ein Licht in dunkler Nacht“ -
antifaschistische Befreiungsfeier**

**17 Uhr: „8. Mai: Euer Sieg – die Befreiung!“
- antifaschistische Kundgebung**

Eine Demokratie, die eine NPD aushalten kann, ist nicht auszuhalten!

Zum organisierten deutschen Faschismus des 21. Jahrhundert, beispielsweise vertreten durch die NPD, fällt Vielen im Lande recht Vieles ein. So winkt man ab, die Burschen hätten ja keine Ahnung von damals und seien keine „richtigen Nazis“, nur „Mitläufer“. Als wenn „richtig mit Ahnung“ ein Prädikat wäre. Und da die „ahnungslosen, nicht richtigen Nazis“ auch noch alle saudumm wären, würde sie auch keiner für voll nehmen, so sollte man denen mit Aufmerksamkeit keinen „Gefallen tun“, sie lieber ignorieren. Als wenn es das letzte Mal nicht gegeben hätte, die Nächte nicht stattgefunden hätten, in denen die Faschisten die ersten KZ-Baracken füllten, auch mit denen, die bis zu letzt die Nazis kämpferisch ignorierten, ihnen den „Gefallen“ der Aufmerksamkeit nicht taten. Auch hört man immer wieder, das Repression die Parteikameraden verschrecken und in die „Illegalität“ treiben würde, von wo aus sie noch weit weniger zu kontrollieren seien. Als wenn sie heute irgendwer kontrolliere würde. (Und auf die Frage, wie legal die NPD ist, kommen wir ...) Und ganz besonders effektiv gegen die „Neofaschisten“, an denen nix neo ist, seien Parodien über Hitler. Wie überlegen ist doch das deutsche Bürgerchen „den Radikalen“.

Aber natürlich heißt es Gesicht und „bunt statt braun“-Zivilcourage zeigen, natürlich nur bis zur Polizeiabspernung, ohne stress. Am liebsten mit böse gestellter Mine und sogar dazu entschlossen, den Sitzungssaal eines Landtages schweigend zu verlassen ... Allen diesen und mehr von der Art ist eins gemein: die Nichtexistenz der Forderung nach einem sofortigen Verbot der NPD. Darauf angesprochen, bekommt man pistolenschussartig, ja gar vorwurfsvoll zu hören, dass ein Verbot von Hause aus nichts bringe, weil es nicht ausreiche (welch erschlagende Logik) oder für angesprochene „gefährliche Illegalität“ Sorge. Toleriert wird damit eine Situation, die uns weit hinter den

2. August 1945 zurück wirft. Denn an jenem Tag wurde das Potsdamer Abkommen beschlossen, welches jegliche faschistische Organisation bis heute für illegal erklärt. Dieser gewaltige Rückschritt (im Osten getätigt vor 17 Jahren) zeigt auf, wie präsent das Bewusstsein für Weltkrieg, für Holocaust, wie präsent ein Bewusstsein wirklich ist, etwas aufgrund des Gestern tun zu müssen, im bundesdeutschen Mainstream.

Das Verbot der ist NPD nicht eine Forderung neben anderen Forderungen gegen die NPD. Es ist die erste Forderung, die gegen die NPD gestellt werden muss, so lange wir nicht vergeben und vergessen. In welche Armseligkeit, in welche Kapitulation vor den Verhältnissen stellt sich jede Forderung gegen die NPD, wenn sie toleriert, dass diese faschistische Mordmaschine tagtäglich mit Steuergeldern geschmiert und mit Anlagenfahrern im Staatsdienst am Laufen gehalten wird. Damit die neben der Bundeswehr wichtigste Basis des organisierten deutschen Faschismus entgegen den Forderungen der von den Nazis überfallenen Völkern jeden Tag mit Medien und Finanzgewalt versorgt wird. Die Forderung des Verbotes muss allen antifaschistischen Forderungen gegen die NPD voran gehen, will man sich nicht auf gleiches Niveau, gleiches Demokratieverständnis dieses seiner Gründung nach undemokratisch zusammen geschobenen Revanchistenstaates begeben. Die NPD ist illegal, und gleichgültig, welche faschistischen Formationen in egal welchem anderen Staat legal sein sollten: in diesem hier sind sie durch die Anti-Hitler-Koalition verboten worden. Dieses Verbot hält an. Entweder akzeptiert man diese Forderungen der vom deutschen Faschismus Gefolterten, oder man schiebt sie ad acta, was jedem deutschen Imperialisten und Knochennazi in Amt und Würden ganz und gar nach dem Geschmack wäre.

Natürlich muss das skandalöse Scheitern des letzten Verbotsverfahren gegen

die NPD, die sich währenddessen als Außenstelle des Verfassungsschutzes, als Staatsorganpartei entpuppte, als „Argument“ gegen die Verbotsforderung herhalten.

Als wenn unsereins diesen selbsterklärten Rechtsinhaber des „3. Reiches“ – die BRD – als Anwalt wünscht, sich auf ihn auch nur eine Spur verlässt. Seit wann verbieten denn Verbrecher ihre „Männer fürs Grobe“? Nein, mit diesem deutschen Imperialismus ist seine „Sturmreserve“ nicht auszuräuchern, lässt sich kein Druck auf die NPD ausüben, es geht nur gegen ihn! Es geht nur gegen die BRD, die entgegen den Potsdamer Beschlüssen, hinter denen selbst ein Grundgesetz zurück zu stehen hat, „illegal die NPD legalisiert“.

Und sollten doch die inneren Widersprüche und der schlechte Ruf nach Außen die deutschen Imperialisten dazu zwingen, mit einem Verbot ein unschuldiges Weiß übers Braun zu tünchen, so muss dies Alibiverbot gegen diesen Staat verteidigt werden. Doch in diese Verlegenheit zu kommen, danach sieht es ganz und gar nicht aus. NPD&Co. dienen weiterhin vortrefflich als Blitzableiter, Regulativ und Dampfventil, gerade in der annektierten DDR.

Mit der aktuellen Nonpd-Kampagne der VVN/BdA wird endlich denen widersprochen, die unbeeindruckt vom galoppierenden, gut organisierten, tödlichen deutschen Faschismus in der BRD einer Demokratie das Wort reden, die so was wie eine NPD und noch mehr schließlich aushalten müsse. Auszuhalten und zu krepieren haben die anderen, jeder, der den Nazis „nicht deutsch genug“ ist.

Verbot der NPD jetzt! Unterstützt die VVN/BdA! ... und sollte uns danach langweilig werden, es gibt noch mehr D's im Potsdamer Abkommen!

Ringo



VVN-BdA e. V.

Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin

tele: +49 30 29 784 174

fax: +49 30 29 784 179

e-mail: bundesbuero@vvn-bda.de

Infos: www.npd-verbot-jetzt.de

Fast hätten wir gedacht, dass diese BRD nicht noch einen draufsetzen kann: Jahre hatte die widerliche Debatte um die materielle Entschädigung von Zwangsarbeitern getobt; am Ende kam es zur Auszahlung eines Handgelds für die noch überlebenden Opfer der deutschen Nazibetriebe — und auch da spart der deutsche Staat noch kräftig. Denn zig bürokratische Hürden erlaubten eine so lange Verschleppung der Zahlung, dass wirklich nur noch ein Bruchteil der ehemaligen Zwangsarbeiter_innen in den „Genuss“ des Almosens kommt.

Jetzt aber fiel eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, die folgende Formel aufstellt: Zwangsarbeit ist nicht gleich Zwangsarbeit, wer „seine“ Zwangsarbeiter_innen oder Kriegsgefangenen „anständig“ behandelt hat, muss auch keine Strafe erleiden. Ja, richtig gelesen. Das ganze trug sich so zu: In zwei Fällen verhandelte eine Revisionssache Enteignungen von Immobilien, die von der Sowjetischen Militäradministration in der SBZ vorgenommen wurden. Dresden: Grundstück eines Vorstandsmitglieds der früheren Elbtalwerke in Heidenau, seit 1933 Rüstungsbetrieb, Herstellung von Funkgeräten für die Luftwaffe, Klägerin die Schwiegertochter des 1946 hingerichteten NSDAP-Mitglieds. Berlin: Kläger die Erben des Mitgesellschafters eines Rüstungsbetriebs mit rund 350 Beschäftigten, davon etwa 30 Prozent Zwangsarbeiter, Produktion von z.B. Schrauben und Muttern. Der Enteignete war nach der Wiedervereinigung posthum rehabilitiert worden. Soweit also die Geschichte, und hier die Erklärung des BVerwG:

„Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern sowie von Kriegs- und Strafgefangenen in einem Rüstungsbetrieb führt nicht zum Ausschluss von einer Ausgleichsleistung, wenn sie im Unternehmen anständig behandelt wurden. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat heute entschieden, dass in der Beschäftigung von Zwangsarbeitern sowie von Kriegs- und Strafgefangenen während des Zweiten Weltkriegs bei anständiger Behandlung noch kein Verstoß gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit liegt und dass darin auch kein schwerwiegender Missbrauch der Stel-

Geschichtsrevisionismus à la Germany 2007

lung oder ein erhebliches Vorschubleisten zugunsten des nationalsozialistischen Systems zu sehen ist ... Das Bundesverwaltungsgericht hatte auf der Grundlage der bindenden Feststellungen des Verwaltungsgerichts davon auszugehen, dass im Betrieb keine KZ-Häftlinge eingesetzt waren und dass die dort Beschäftigten anständig behandelt wurden. Danach konnte ein Verstoß gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit nicht angenommen werden. Die Umstände bei der Rekrutierung der Zwangsarbeiter können dem Unternehmen und den Unternehmensverantwortlichen, die darauf anders als auf die Behandlung ihrer Beschäftigten keinen Einfluss hatten, nicht zugerechnet werden. Soweit im Unternehmen Kriegsgefangene zu Arbeiten eingesetzt waren, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Kriegshandlungen standen, stellt eine darin liegende Verletzung von Völkerrecht nicht zugleich einen Verstoß gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit dar ... Schließlich beinhaltet die vom Rechtsvorgänger der Klägerin betriebene Rüstungsproduktion unter Ausnutzung von Zwangsarbeit auch kein erhebliches Vorschubleisten zugunsten des nationalsozialistischen Systems. Eine Unterstützung nicht spezifisch von der nationalsozialistischen Ideologie geprägter Bestrebungen, wie etwa des Ziels, den Zweiten Weltkrieg zu gewinnen, genügt hierfür nicht.“ (BVerwG 3 C 38.05 – Urteil vom 28.

Februar 2007)

Da klatschen doch alle Ewiggestrigen in die Hände, zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen ... Erstens wurde, wie im Jahre 18 nach der Annexion üblich, wieder einmal die Strafe der Enteignung von Naziprofituren als Unrecht erklärt. Zweitens wurde somit die Zwangsarbeit mal eben legalisiert: Denn wer Zwangsarbeiter_innen „anständig“ behandelt hat, der war eben kein Verbrecher gegen die Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit. Zwangsarbeit wird also erst zur Zwangsarbeit, wenn das Opfer „unanständig“ behandelt wurde; der Entzug der persönlichen Freiheit und Freizügigkeit, der Einsatz zur Arbeit unter Zwang allein reicht also nicht aus zur Strafbarkeit. Werden den bereits mit dem Handgeld „entschädigten“ Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen nun die bereits erfolgten Zahlungen wieder entzogen? Das Recht in einem Staat wird von der herrschenden Klasse gemacht, um ihre Herrschaft zu stützen. Was dabei in der BRD herauskommt, die sich selbst (um eine andere höchst-richterliche Entscheidung zu zitieren, s. Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1973 über den Grundlagenvertrag) nicht als Rechtsnachfolgerin des sog. „Dritten Reichs“ versteht, sondern als „identisch“ mit diesem, haben wir nun wieder bewiesen bekommen. Entschädigung für Naziverbrechen gibt's für die Täter — die Opfer werden weiter verhöhnt.

Diana



Ilja Ehrenburg : „STURM“

– ein Jahrhundertroman

Drei Länder sind drei Blickrichtungen, die dem deutschen Faschismus nachstellen. Da ist die große Resistance, Frankreichs Partisanen, der Verrat des Landes durch die französische Bourgeoisie. Da ist der monumentale Akt einer zurückschlagenden Sowjetunion, der Kampf der Sowjetmenschen, der Prüfstein wird für alle. Und ein aus Wahn, Lüge und bestialischer Berechnung gemachter Werdgang eines Deutschland. Beschrieben wird es im Spiegel einer „Volksgemeinschaft“, die als Popanz der deutschen Monopolbourgeoisie der Welt in Blut und Leichen stolpernd unvergesslich ins Antlitz brennt, was die Armseligkeit des „3. Reiches“ ist.

Einen lernt man kennen, der wäre gerne Architekt geworden, um wer zu sein; der aber in seiner Unterwürfigkeit stecken bleibt und wütend seine Mittelmäßigkeit zur SS trägt, wo er endlich wer zu sein scheint. Seine Unfähigkeit, die eigenen Schwächen zu leben und etwas mehr zu lieben als sich, schlägt um in Hass gegen alles Erfolgreichere, alles Schwächere, jede Fremdartigkeit und

Störung, einer geträumten „Gemeinschaft“ der Feiglinge und Denunzianten. Er wird betrachtet, herausgegriffen aus einer taubstummen Masse, und ist doch nur ihr Spiegelbild im Kleinen. Später wird er seine SS-Uniform in aller Eile verbrennen und sich hinter Frau und Kindern verstecken, weil er, vor Angst ganz krank, die Roten kommen sieht. Er weiß, was ihn erwartet, sollte Gleiches mit Gleichem vergolten werden. Er war dabei, mit Lust, an der Ostfront, war Monster unter Monstern. Doch unser Roman beginnt noch vor dem Angriff auf die Sowjetunion, in den beiden Frankreichs. Dem der Verräter, die Fabriken und Banken besitzend mit dem Teufel Geschäfte machen und dem Frankreich der Antifaschisten, die meistens an Tischen sitzen, auf denen Brot und Suppe reichen muss. Wir lernen einen feigen wohlhabenden Franzosen kennen, der die Deutschen nicht mag, aber die Kommunisten noch mehr fürchtet, der sich noch bei Wein und Käse gut zuspricht, als die Wehrmacht schon Paris stürmt. Zu Gast bei ihm ist ein junger Mann aus Russland, der diese Widersprüche sieht. Er liebt Frankreich und die Tochter seines Gastgebers. Und doch verlässt er die Frau und das Land, weil ein anderes ruft, eines, das kämpfen will. Kämpfen will, während der Westen nur zusieht. Nur abwartet, während die Räder rollen zu den langen Rampen vor den Kammern. Er hinterlässt bei Freunden und Feinden die Unruhe des Revolutionärs.

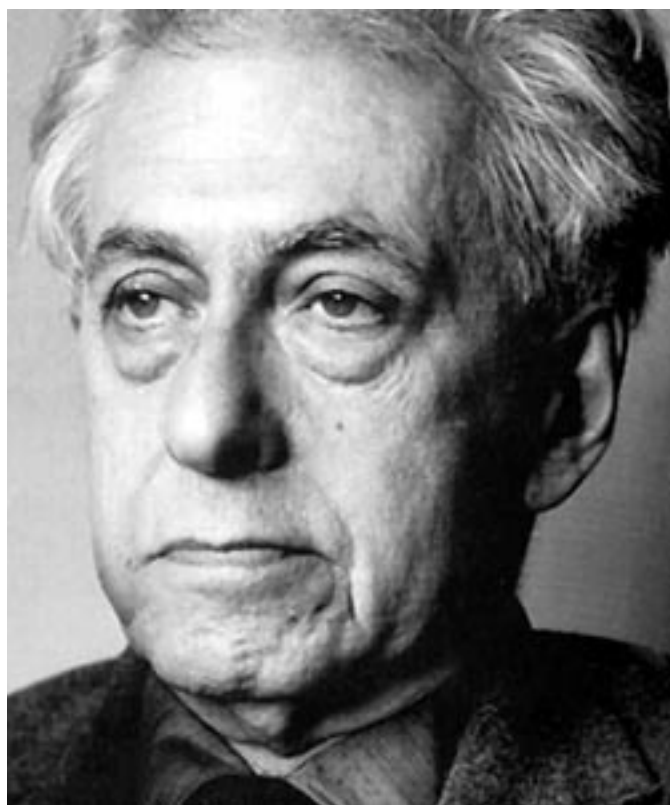
Sein Leben heißt nun Kampf ums Leben selbst, mit Händen, die es nicht gewohnt sind zu schießen. Alles, was eben Mittelpunkt war, wird unwichtig, es zählt

nur der nächste verteidigte Meter roten Landes. Rotes Land, das bestaunt von aller Welt auf sich allein gestellt auf Ackerland Metropolen errichtet hatte, die deutsche Bomber nun zerstören. Man wird nicht als Soldat geboren, und die Front ist überall, auch an der Werkbank im Leningrader Panzerwerk, vor allem aber im Kopf verläuft die Front. Die eigene Angst um sich selbst und die Nächsten erweist sich als unsterblicher Gegner. Die sich in friedlichen Zeiten kennen lernten, werden sich verlieren. Starke werden kapitulieren und Stille werden Großes vollbringen. Es sind die Menschen der Sowjetunion, die sich erheben und in ihren Fäusten ein ganzer Staat. Trefflich fängt er dies ein, der Ilja Ehrenburg.

Er lässt den Roman nicht an einem Hauptdarsteller lang leiten, es sind viele, die uns im Sturm begegnen. Es gibt keine Helden, es gibt nur den Tod. Noch im letzten Kugelhagel sterben Millionen.

Jede der Figuren, die dem Leser im Laufe der Geschichte ans Herz wachsen, fällt. Manche sterben laut, wie die Widerstandskämpferin aus Deutschland, die im Todeskampf nach tagelanger SS-Folter kurz vor ihrem Ende den Schindern ins Gesicht brüllt, dass sie alles ist: „Russin, Spanierin, Französin, jedoch eins nicht mehr – Deutsche!“ Andere sterben leise und so schnell ohne Vorwarnung, dass nur Leere und Ohnmacht den Leser verschlingen. So wird einer alten Kiewer Jüdin, die man quasi nur im Vorbeigehen kennen lernt, durch den Gewehrkolben eines Wehrmachtssoldaten der Schädel zertrümmert. In solchen Momenten wünscht man sich, die Amplitude des Terrors sei damit erreicht und stürzt dann nur mehr in die Bodenlosigkeit, wenn Ehrenburg die Leichenproduktion der deutschen Faschisten auch nur andeutet. Und man ertappt sich dabei, naiv gehofft zu haben, dass alles irgendwie doch nicht so trostlos sei. Nicht selten geht die Beschreibung des Mordens der deutschen Faschisten bis an die Grenze des Erträglichen. Die 20 Millionen bekommen Gesicht und Namen.

Doch der Krieg frisst nicht nur die Vergangenheit, er verschlingt unsagbar viel Zukunft und stellt zur Diskussion, was ein Sieg noch ist. Ehrenburg lässt es erleben, wenn er von den zerstörten





Menschen schreibt, die aus der Sowjetunion, aus Jugoslawien und Frankreich, aus all den überfallenen Ländern heim kommen und vor dem Nichts stehen. Die ihre Hände in die Aschefelder der Lager krallen, und das Foto von Frau und Kind, dass sie die ganzen elenden Kriege wie ihr Augenlicht bewahrten, zerreißen. Ihnen bleibt nur das Unfassbare an den Leichengruben von Barbija und anderswo. Auf seinem vorerst letzten Kreuzzug hinterlässt das deutsche Kapital eine Generation der Verdammten. Es ist die Jugend, es sind die Widerstandsfähigsten, deren Gedanken und Kraft bis dahin reichen, wo der Krieg zuende ist, wo was Neues sein muss.

Dieser sich in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft schneidende Wahnsinn, der Weltkrieg heißt, zeigt sich für die Dauer des Romans in einer Blitzlichtaufnahme dem Leser umfassend. Der Versuch, in einem Werk in ganzer Breite den großen vaterländischen Krieg frontal mit der Kamera in den

Sturm gedreht zu betrachten, kommt dem Ziel beeindruckend nah.

Er endet nicht mit einem Happyend, mit erleuchteten befreiten Deutschen, bei denen der Groschen fällt. „Sie werden es uns nie verzeihen, dass wir sie befreit haben ...“ lässt er einen Rotarmisten sagen. Ein wunderbares Stück sozialistischer Literatur, in dem sich aber trotz allem kein Platz für Defätismus findet. Neuanfänge lösten stets Trümmerfelder in Flur und Kopf ab, dabei wird's bleiben. Auch das schwingt in den letzten Zeilen des Romans mit. Der ein Jahrhundertroman ist.

Der Buchdeckel fällt, der Band findet wieder seinen Platz im Regal. Und Draußen? Kälte trotz März, Äste gut gepflegter Alleegebäume regen sich kahl über der Leuchtreklame einer deutschen Bank-Filiale. Sturm zieht heran. Halt ihn auf und lies dieses Buch!

Impressum

Die FANFARE ist das Infoblatt der Freien Deutschen Jugend. Herausgeber ist der FDJ Zentralrat. Quellen- und Bildnachweise auf Anfrage. Sämtliche Artikel geben lediglich die Meinung des Verfassers wieder.

Herausgeber:

FDJ Zentralrat; E.i.S
V.i.S.d.P.: Ringo Ehlert
c/o FDJ Zentralrat
Karl Liebknecht Haus
Weydingerstr 14-16
10178 Berlin
Tel./Fax: 030-24 00 92 11

e-Mail: **Fanfare@FDJ.de**

Internet: **www.FDJ.de**

Spendenkonto:

Inhaber: FDJ

Berliner Volksbank

BLZ 100 900 00

Konto Nr.: 55 83 82 20 05

Abonnement

Ich abonniere hiermit die Fanfare für vier Ausgaben zum Preis von 5 Euro (Förder-Abonnement: 15 Euro). Den Betrag habe ich () in Briefmarken bzw. Banknoten beigelegt.

() auf das Konto

Nr.: 55 83 82 20 05

bei der Berliner Volksbank

BLZ 100 900 00 überwiesen.

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

„Woher kommen wir?“

Im Rahmen der Kampagne „Sozialismus oder Untergang in der Barbarei“ wird in diesem Sommer eine 13-köpfige Delegation der FDJ nach Kuba fahren, um sowohl von den Erfahrungen der kubanischen Revolution lernen zu können als auch neue Kraft und Hoffnung zu schöpfen, die wir für unseren Kampf gegen den deutschen Imperialismus benötigen.

Doch bei der Delegation geht es nicht nur darum Erfahrungen zu sammeln, um den revolutionären Kämpfern in Deutschland zu zeigen, dass der Sozialismus möglich ist, sondern es wird auch die Aufgabe der Delegierten sein, den Kubanern von der Situation in der BRD, der annektierten DDR sowie vom Leben in einem imperialistischen Staat und den Gefahren, die von dem größer gewordenen Deutschland ausgehen, zu berichten.

Daher trafen sich die Delegierten und ein Dutzend weiterer Unterstützer am 30. März in Frankfurt, um sich unter der Frage „Woher kommen wir?“ einen Überblick über die Verhältnisse in Deutschland zu verschaffen.

Fast alle Teilnehmer hatten ein Kurz-

referat vorbereitet. Diese Referate wurden dann in vier Themenblöcken vorgestellt.

1. „Imperialismus bedeutet Elend: Soziale Lage des Volkes und der Arbeiterjugend in BRD und DDR“. Hier wurden Fakten zur Situation an den Schulen und Unis, zum Analphabetismus, zu Reichtum und Armut in der BRD, zur Situation des Gesundheitswesens, zur Arbeitslosigkeit und zum Ausbildungsplatzmangel zusammen getragen.

Der zweite Block behandelte „die Existenz zweier deutscher Staaten und die Annexion der DDR“. Hierbei wurde besonders auf die juristische, die wirtschaftliche und die kulturelle Seite der Annexion eingegangen. Außerdem gab es einen Bericht über faschistische Aktivitäten heute in der DDR.

3. „Imperialismus bedeutet Krieg“. Unter diesem Thema wurden der besondere Charakter erläutert, den der deutsche Imperialismus durch seine Geschichte als „Nachzügler“ und seine Aggressivität eingenommen hat. Außerdem gab es ein Referat über die deutsche Minderheitenpolitik in Europa. Des weiteren wurde am Beispiel des Kosovo-Krieges

und der EU-Ratspräsidentschaft die Bündnis- und Kriegspolitik der deutschen Imperialisten erklärt. Zum Thema der Militarisierung gab es Referate zur Aufrüstung, zu Einsätzen und zum Weißbuch der Bundeswehr.

Im vierten Block wurde erklärt, wie die „Kriegsvorbereitungen im Inneren und der Staatsumbau“ vorangetrieben werden. Dabei wurde zuerst einmal erklärt, was überhaupt der Ursprung und das Wesen des Staates ist. Im Weiteren wurde dann über den Staatsumbau und die Zentralisierung des Staatsapparates sowie über Überwachung und Datenschutz referiert. Zum Abschluss gab es noch zwei Berichte über Rassismus, Faschismus, Kriminalisierung des Antifaschismus und über den Antisemitismus in Deutschland.

Insgesamt hat dieses Wochenende „kurz in zwei Tagen auf den Punkt gebracht, was hierzulande gerade passiert“, so sagte eine Teilnehmerin.

Die Ergebnisse unserer Arbeiten sollen dann in einer Extra-Fanfare zusammengefasst werden.

Neben dem Inhaltlichen hatten wir für das Wochenende auch einen kleinen kulturellen Teil organisiert: Es wurde der Film „Comandante“, ein Interview von Oliver Stone mit Fidel Castro, gezeigt und kubanische Lieder gesungen. Wir haben damit einen großen Schritt für die Vorbereitung auf unsere Fahrt nach Kuba geschafft!

¡vamos a cuba!

Nele

DIE FDJ FÄHRT NACH KUBA!
Vorbereitungswochenende zur Delegationsreise im Juli 2007.

22. bis 24.6.07:

Seminar "Wohin fahren wir?"
+ Kuba und seine Revolutionsgeschichte
+ aktuelle Situation in Kuba
+ Lateinamerika und die Aktivitäten des deutschen Imperialismus

AUCH FÜR LEUTE INTERESSANT, DIE NICHT NACH KUBA FAHREN!
Mehr Infos und Anmeldung unter: cuba2007@fdj.de

Spionage­tätigkeit gegen die USA“ lautet der Vorwurf gegen die 5 Kubaner, die seit 1998 im Gefängnis sitzen. Tatsächlich hatten die fünf aber Aufklärung über die faschistischen Gruppen unter den „Exilkubanern“ in Miami und deren Pläne für weitere Terroranschläge in Kuba geleistet. Die verbrecherischen Banden verüben seit der kubanischen Revolution immer wieder Anschläge auf die kubanische Bevölkerung und deren Infrastruktur. Damit nicht genug, sie sitzen in Miami auf gepackten Koffern und warten nur darauf, in Kuba einzufallen und den Aufbau des Sozialismus zu verhindern.

Anstatt der Terroristen sitzen jetzt Gerardo Hernández Nordelo, René González Schwerert, Ramón Labañino Salazar, Antonio Guerrero Rodríguez und Fernando González Llort in fünf verschiedenen Staaten; eingesperrt - auch in Isolationshaft, teilweise ohne Kontakt zu den Angehörigen. Die Schuldsprüche im Prozess 2001 in Miami ergingen ohne Beweise und trotz gegenteiliger Zeugenaussagen. Die Urteile gingen von 15 Jahren aufwärts bis zweimal lebenslänglich plus

Die Miami 5 – Gefangene des Imperialismus

15 Jahre. Am 9. August 2005 hatte ein Berufungsgericht in Atlanta/Georgia die Schuldsprüche gegen die 5 inhaftierten zwar wieder aufgehoben, trotzdem blieben sie weiterhin in Haft. 2006 hob dann das Kammerplenum des selben Gerichtes die Entscheidung des Vorjahres wieder auf. Die Hoffnung auf gerechte Urteile, die die sofortige Freilassung der „Cuban 5“ beinhalten würden, schwindet. Und das alles für den Kampf der 5 Heroes gegen Faschismus und für die Sicherheit eines Landes und dessen Bewohner, das nicht unter dem Joch des Kapitalismus geknechtet wird und seit 48 Jahren den Sozialismus aufbaut.

„Von Kuba lernen“ und von ihrem Kampf gegen Imperialismus heißt in diesem Fall ganz konkret: Wir müssen uns in unserem Kampf immer bewusst sein, dass in imperialistischen Ländern das Recht auf Seiten der Herrschenden ist, die die

Gesetze und deren Auslegung für sich geschrieben haben. „Rechtsstaatlichkeit“ heißt deshalb nicht Gerechtigkeit für die Unterdrückten, nicht in den USA und auch nicht in der BRD. Gerechtigkeit kann es nur ein Land geben, das unseres ist, so wie es die DDR 40 Jahre lang war. Deshalb kämpfen wir hier, im Land des aggressivsten Imperialismus auch gegen die Annexion der DDR und die Kriminalisierung des Antifaschismus.

„Sozialismus oder Untergang in der Barbarei“

Spendenkonto für die Solidaritätskampagne:

Netzwerk Cuba e. V., Postbank Berlin, Konto: 32 33 31 00, BLZ: 10010010, Stichwort: Miami5

Auf dem Parlament der FDJ, dem höchsten Gremium der FDJ, wurde im Februar 2006 beschlossen, eine Kampagne „Sozialismus oder Barbarei“ durchzuführen, die neben unseren Abwehrkämpfen gegen den deutschen Imperialismus wieder mehr in den Vordergrund rückt, dass es eine Alternative zu der uns drohenden Barbarei gibt, nämlich den Sozialismus; dass dieser Sozialismus ganz konkret erlebbar und erfahrbar ist, und nicht nur in grauer Theorie existiert; dass man aus der Beschäftigung mit dem Sozialismus wieder neuen Mut schöpfen kann im Kampf um die aktuell anstehenden Aufgaben, allen voran im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, seinen Kriegskurs und seinen Kriegsvorbereitungen im Inneren durch den Staatsumbau.

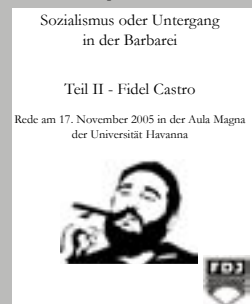
Im Zuge dieser Kampagne haben wir bereits Veranstaltungen zur Geschichte und Gegenwart Kubas, Veranstaltungen mit kubanischen Genossen und eine Winterschule zur Geschichte der DDR gemacht. Im Juli wird nun eine Delegation der FDJ nach Kuba reisen, um sich über die Errungenschaften der Revolution zu informieren, und über die Gefahr des deutschen Imperialismus aufzuklären.

In diesem Kontext haben wir uns entschieden, zwei Broschüren herauszubringen. Die erste Broschüre enthält von Che die Schrift „Der Sozialismus und der Mensch in Kuba“ sowie seine Rede „Aufgaben der Kommunistischen Jugend“ zusammen mit einer Ansprache Fidel Castros zum

8. Oktober 1987, dem 20. Jahrestages der Ermordung Che Guevaras. In der zweiten Broschüre dokumentieren wir in Auszügen die berühmt gewordene Rede Fidels vom 17. November 2005 in der Aula Magna der Universität Havanna, in der er sich mit dem Thema der „Energierevolution“, den existierenden gesellschaftlichen Widersprüchen in Kuba und dem daraus folgenden Kampf ums Bewusstsein auseinandersetzt.

Wir sind der Meinung, dass es sich ohne das Wissen um eine bessere Welt nicht gegen eine schlechte kämpfen lässt.

Hasta la victoria siempre!



Teil I Broschüre, 44 Seiten 1,50 €

Teil II Broschüre, 52 Seiten 1,80 €

Beide Broschüren zusammen kosten 3,00 €

Zu Bestellen über die folgende Adresse: Fanfare@fdj.de

Warum wir 7 von 8 G8-Ländern NICHT angreifen sollten: Krieg zuerst den deutschen Zuständen!

- Flugblatt des FDJ-Zentralrats, Januar 2007 -

Schulklingel – Einlaß – erste Stunde – großdeutsche Politik im »Siedlungsraum« Europa, oder: Warum für alle, vor allem für »unser« Deutschland, eine europäische »Verfassung« gut ist. Sowas nennt sich auch gern »Schulprojekttag«. Nur eine von hundert Massenveranstaltungen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Der Ladenhüter »EU-Verfassung« soll an die Leut, scheinbar selbstlos und ganz staatsfern von deutschen Interessen. Angesichts der momentanen Mehrheiten gegen das großdeutsche Militärdiktat im Schafspelz einer »Verfassung« scheint deutschen Europaspezialisten hinter Tisch und Abzug etwas Europawerbung bitter nötig.

Der deutliche Widerstand einiger Nachbarn, die sich gegen die anschwellende Dominanz Berlins formieren, zeigt auch ohne deutsche EU-Ratspräsidentschaft, das längst allen – außer uns hier im Land – klar ist, wer auf dem Kontinent das Sagen hat. Manch „widerspenstiger“ Nachbar hat längst nicht vergessen, wohin deutsche Europapolitik führt, und daß es gut tut, eine Grenze zwischen sich und Großkotz BRD zu wissen. Zu viele Grenzen sind verschwunden und ausgehöhlt. Sei es in »unserem Königsberg« und dem halbausverkauften »Rest-Polen«; sei es in Österreich, dessen zweiter Anschluß ökonomisch vollzogen ist; oder in »europäischen Regionen«, wo früher eine Grenze zwischen Bayern und Tschechien verlief: Es ist Hohezeit für alt-neuen deutschen Revanchismus.

„Die Vereinigten Staaten von Europa (sind) unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“ (V.I.Lenin, 1915)

Irgendeine deutsche Volksgruppe, deren Interessen es zu vertreten gilt, findet sich immer. Wie weit das geht, zeigt das unlängst vom Auswärtigen Amt in Auftrag gestellte Kartenmaterial für eine „Großgliederung Europas“. Da

wird sich ein großdeutsches Europa dahergeträumt vom Elsaß und Lothringen bis zu den deutschen Protektoraten am Balkan! Die begleitenden Karten ordnen Teile Frankreichs, Dänemarks, das gesamte Luxemburg, die Schweiz sowie Oberitalien der politischen Fiktion eines deutsch definierten Zentrums zu. Wie selbstverständlich werden auch Polen, die Tschechische Republik und Ungarn vereinnahmt. Doch längst tanzt nicht alles nach Berlins Pfeife.

Größere militärische Projekte, Zugriff auf fremde Streitkräfte, das Entmachten der europäischen Nationalstaaten wird behindert durch Widersprüche, die sich hinter dem Mantel EU weiter zuspitzen. Das klare „Nein“ aus allen Ecken Europas zur EU-„Verfassung“ spricht



für sich. Ein Knebelvertrag, der die „Nachbarn“ hinter die deutsche Standarte und gleichzeitig die europäischen Staaten zu Aufrüstung zwingt, letztlich gegen die Konkurrenz aus Übersee. Selbst in diesem Land zeigt sich europäische Begeisterung recht verhalten, trotz der letzten, 9 Mrd. Euro schweren »Verfassungs«-Kampagne. Trotzdem der Sommer im schwarz-rot-goldenen Volksgemeinschaftsbrei namens WM versank und sich Münzfeeling selbiges völkische Hochgefühl auch im Rücken deutscher Europapolitik wünschte; trotzdem sich der Nationalismus vom Bettler bis zum »Manager« offenbarte: die widerspruchslose »Volksgemeinschaft« bleibt ein Märchen, wie zuletzt die Arbeiter des BSH-Werkes Berlin mit ihrem Streik bewiesen. Für ein großdeutsches Europa muß also weiter geworben werden. Leider werden sich auf den nächsten größeren »Werbeveranstaltungen« – sprich G8-Gipfel in Heiligendamm und NATO-Sicher-



K. Liebknecht: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ (1916)

heitskonferenz in München – nur die wenigsten fragen, wer am Kopf der Tafeln von Heiligendamm bis Bayernhof sitzt und wer wem die Bedingungen diktiert.

Nur weil die Bourgeoisien Frankreichs, Deutschlands, der USA oder Russlands punktuell gemeinsame Interessen haben, z.B. etwa in der gewaltsamen Abschottung gegen Afrika bzw. Lateinamerika, läßt sich ein gemeinsames, gesamtimperialistisches Interesse nicht feststellen. Zu groß sind die grundlegenden Widersprüche zwischen den Großmächten, wenn es um die jeweils eigenen Interessen geht. Und obwohl es die Geier anders von den Dächern brüllen, glauben so manche Massen, hier träfe sich in trauter Einheit der Boss aus Amerika mit seiner Bande.

Doch Kräfteverhältnisse ändern sich. Bündnisse entstehen und zerfallen. So ist auch die NATO nicht mehr ein »Bündnis gegen die Sowjetunion«, und auch ihre zweite Aufgabe – Deutschland niederhalten – kann sie immer weniger erfüllen. Schon seit Jahren wird auf

„The purpose of the NATO is to keep the USA in, Russia out and Germany down ...“ sagte einst der erste NATO-Generalsekretär Lord Ismay.

der einen Seite (USA) die Wichtigkeit des transatlantischen Bündnisses fast hypnotisch beschworen und vor einer Aushöhlung desselben gewarnt.

Auf der anderen Seite (BRD) sind die Beschwichtigungsformeln schon manchmal zu eng geworden, um den politischen, ökonomischen, militärischen Führungsausbau Deutschlands zu bemänteln. Dieser deutsche Vormarsch zeigt sich auch in der ideologischen

Wiederentdeckung einer »deutschen Kultur« gegen »amerikanische Kulturlosigkeit«. Statt jedoch unsere Hausaufgaben zu machen und in München, in Heiligendamm, überall zuerst die deutsche Rolle zu entlarven, hinken wir der Entwicklung hinterher. Stehen ohnmächtig diesem Deutschland gegenüber und toben uns gegen alles böse außerhalb aus. Schauen hoffnungsvoll gen Südamerika und sehen nicht mal das Treiben von Goethe-Institut, Konrad-Adenauer-Stiftung etc. Blind, taub und stumm waren wir schon, als die DDR sich annektieren ließ und manche von uns einheitsbesoffen über den Schmutz des Sozialismus in der DDR die Nase rümpften. So was nennen wir Solidarität und Internationalismus. Das wird es so lange nicht sein, wie wir nicht die Waffen gegen UNSERE Herren richten, die EINZIGEN, die WIR JE stür-

„Es gibt nur EINEN wirklichen Internationalismus: die hingebungs-volle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes IM EIGENEN Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) EBEN EINES SOLCHEN KAMPFES, eben einer solchen Linie und NUR EINER SOLCHEN ALLEIN in aus-nahmslos ALLEN Ländern.“ (Lenin Werke 24, 60; Hervorhebungen von Lenin!)

zen können. Die Waffen richten gegen den Hauptfeind im eigenen Land, den deutschen Imperialismus, den Hauptkriegstreiber Europas! Höchste Zeit, dieses neue alte Großdeutschland in die Schranken zu weisen, die uns andere vor 60 Jahren unter unsäglichen Opfern aufstellten und uns dadurch befreien.

So wünschen wir im neuen Jahr all jenen Erfolg, die in all dem Weggeschrei der deutschen Bourgeoisie über „folternde Amis“, „rücksichtslose Israelis“ und „feige Engländer“, über „undemokratische Russen“, „irre Koreaner“ und „menschenrechtsmißachtende Chinesen“ unbeirrt dieser BRD den Kampf ansagen.

Ganz zuerst dieser BRD.

Ob auf NATO-Konferenzen oder G8-Gipfeln:

NIEDER MIT DEM KRIEG heißt NIEDER MIT DER BRD!

Staatsumbau konkret:

Wir dokumentieren in Auszügen die Pressekonferenz vom 4. April 2007 in Berlin zu den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm¹

Matthias Monroy von der Gipfelsoli Infogruppe:

Vorbereitungen der Polizei

Die Polizei redet davon, dass 16 000 Polizeikräfte involviert sind, das stimmt nicht, es sind 19 000 wenn man die Bundespolizei und das BKA mitzählt. Es hat auch schon gemeinsame Übungen gegeben. Auch nicht gesprochen wird bisher über die Verbindungsbeamten anderer Länder, das sind solche, die Reisesperren verabreden und vorbereiten für ausländische Demonstranten.

Strukturen

Es gibt die sog. „besonderen Aufbauorganisationen“, die bekannteste ist „Kavala“, die ist jetzt nochmal verdoppelt worden. Es gibt aber auch noch die besondere Aufbauorganisation zur Gefahrenabwehr, es gibt eine besondere Aufbauorganisation bei der Bundespolizei, denen obliegt die Sicherung der Grenzen.

Und es gibt noch die Innenministerkonferenz, deren Vorsitzender Ehrhard Körting ist, und die die Hoheit über die Länderpolizeien hat.

Als nächstes gibt es noch die Bundeswehr, die involviert ist, da ist ziemlich viel im Dunklen, wo eigentlich da entschieden wird, wo deren Lagezentrum

ist, als sicher gilt auf jeden Fall, dass in Warnemünde in der Kaserne Hohen Düne eine Art Schaltstelle oder Lagezentrum ist.

Die Polizei ist mit etwa 6000 Kräften in verschiedenen Kasernen untergebracht, das sind z. T. Kasernen, die vorzeitig leergezogen wurden, damit die Leute Platz finden, das kann man auch als Kooperation mit der Bundeswehr werten. Darüber hinaus gibt es noch die bereits bekannten Strukturen, das ist natürlich Waldeck, das sind die verschiedenen JVA's. Das ganze zieht sich wie ein Kreis um eine große Gegend.

Propaganda

Der „Einsatzabschnitt Einsatzbegleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ der Polizei, die als Propagandatruppe bezeichnet werden kann, soll dafür sorgen, die Maßnahmen vor Ort, die mit Sicherheit als bürgerkriegsähnliche Zustände empfunden werden, der Bevölkerung zu verkaufen und für Verständnis zu werben.

Im Januar war auffällig, dass innerhalb einer Woche alle beteiligten Kräfte der sog. Sicherheitsarchitektur, also Bundesinnenministerium, Landesinnenministerien, Gewerkschaft der Polizei, Bundeswehr sich plötzlich zum G8-Gipfel geäußert haben, wie grauenhaft das



Die Allgemeine Aufbauorganisation (AAO) soll so gestaltet sein, dass grundsätzlich alle Einsatzaufgaben bewältigt werden können. Darüber hinaus muss sie die ersten Maßnahmen für die Bewältigung solcher Lagen gewährleisten, die eine Besondere Aufbauorganisation (BAO) erfordern. Die Einrichtung einer BAO ist erforderlich, wenn eine Lage durch die AAO wegen des - erhöhten Kräftebedarfs bzw. der erforderlichen Konzentration von Kräften oder Einsatzmittel (z.B. Großveranstaltungen) - der Einsatzdauer - der notwendigen einheitlichen Führung, insbesondere bei verschiedenen Zuständigkeiten, nicht bewältigt werden kann. Ziel einer BAO ist die koordinierte Bearbeitung sehr umfangreicher Sachverhalte unter Einbindung aller Sicherheitsbehörden. Die BAO ist hinsichtlich Art, Umfang und Intensität der Maßnahmen sowohl für Sofortlagen als auch für Zeitlagen anlassbezogen vorzubereiten. Bei Sofortlagen entwickelt sich die BAO schrittweise und aufbauend auf den Sofortmaßnahmen der AAO.

Siehe auch:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Aufbauorganisation>

wird, dass da die Vandalen kommen, die alles kaputt schlagen usw.

Im Februar hat die Polizei ihre Aufklärungstour beendet, die sie rund um Heiligendamm gemacht hat, das diente auch dazu, die Bevölkerung zu verunsichern und ihnen zu erzählen, dass 100 000 Gipfelgegner anreisen würden, dass alles ganz schrecklich wird, aber man hätte die Lage im Griff. Es gibt das Zitat: „Es werden genug Kollegen da sein, um sie zu schützen, auf jeden Einwohner kommen drei Polizisten.“

Inzwischen wird davon gesprochen, dass das der größte Polizeieinsatz der bundesdeutschen Geschichte wird. Es hat Übungen gegeben, in denen hat die Polizei beispielsweise geübt, Demonstranten in Zügen festzuhalten. [...]

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin der Linkspartei

Wir werden zum G8-Gipfel einen Bundeswehreinsatz haben.

Wichtig ist, dass es zur Zeit keine detaillierten Informationen gibt. Auch der Verteidigungsausschuss und der Innenausschuss des Bundestages muss sich

über die Presse informieren. Es heißt, Ende April wird endgültig entschieden, wie der Einsatz der Bundeswehr stattfindet, auch im Zusammenhang mit der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern.

„Ich bin persönlich selbst davon überzeugt, dass die Einsatzplanung längst entschieden ist, also auch die Dimension, wieviel Bundeswehrsoldaten eingesetzt werden und möchte an dieser Stelle nochmal deutlich kritisieren, wie mit der Informationspolitik von Seiten der Bundesministerien umgegangen wird.“

Die Fakten sind eindeutig. Der Einsatz der Bundeswehr wird weit über die Dimension des Bushbesuches hinausgehen, dort sind ja etwas mehr als 500 Bundeswehrsoldaten eingesetzt worden, es wird wohl die Dimension der Fussballweltmeisterschaft erreichen, bei der über 2 000 Soldaten eingesetzt waren und 5 000 in Bereitschaft.

Feststehende Fakten:

Die Bundeswehr stellt Kasernen, 6000 Polizisten werden in Bundeswehrekasernen untergebracht werden, die Bundeswehr organisiert die Transporte für die „ViPs“ und die Journalisten in Hubschraubern vom Flughafen Rostock-Lage nach Heiligendamm.

Sie stellen Sanitätspersonal bereit, Ärzte und ein mobiles Krankenhaus wird auch eingesetzt.

Sicher ist auch, dass die Bundeswehr Sicherheitsaufgaben auf See und in der Luft wahrnehmen wird. Es werden Tornadoaufklärungsflugzeuge eingesetzt werden, es gibt offensichtlich Planungen, dass Phantom-Abfangjäger und Schiffe der Marine auf See eingesetzt werden. Der Luftraum selbst wird abgesperrt sein, bis zu 50 km und 10 km in der Höhe um Heiligendamm und hier werden Tornadoflugzeuge eingesetzt werden.

Gewaltmittel werden, so die Planung, von der Bundeswehr nicht eingesetzt werden und man kann zusammenfassen, die Schwerpunkte der Bundeswehr sind in den Bereichen Sanitätsdienst, Logistik und Erstellung von Lagebildern. Es geht hier ganz Eindeutig um Aufklärung. Wichtig ist, dass die Bundeswehr zwei Schwerpunkte hat.

Der eine ist, sie will die Fähigkeit trainieren, die sie bei Auslandseinsätzen

braucht, mit der zivilen Bevölkerung zusammen zu arbeiten, natürlich auch mit zivilen Hilfsorganisationen und die zivilmilitärische Zusammenarbeit verbessern. Und zum anderen geht es natürlich auch darum, die Bundeswehr nach innen, von ihrem politischen Schwerpunkt her, als wichtig einzuschätzen.

Wir kennen wahrscheinlich alle die Auseinandersetzung um die Bundeswehr im Inneren. Die Bundesregierung hält nach wie vor am Luftsicherheitsgesetz fest, dass die CDU/CSU insbesondere auch der Innenminister Schäuble betont, dass er auch gesetzlich einen Bundeswehreinsatz im Inneren regeln will, das Grundgesetz ändern will. Hier geht es besonders um die Präsenz der Bundeswehr in Zusammenarbeit mit dem Katastrophenschutz.

Der G8-Gipfel, genauso wie die Weltmeisterschaft eignen sich besonders gut dafür, ein Übungsfeld abzugeben.

(Auf Nachfrage, was das Problem an der Zur-Verfügung-Stellung von Schlafplätzen und dem Transport von Journalisten sei.) Hierbei geht es um eine enge Kooperation und Zusammenarbeit von Bundeswehr und Polizei. Ganz sicher ist, hier findet eine gemeinsame Übung statt, wie das bei der Weltmeisterschaft auch der Fall war, dass man zwar gesagt hat, man stellt nur Logistik im Sanitätsbereich, aber im Grunde genommen muss man ganz klar sehen, die Aufgabe der Bundeswehr ist eine Verteidigungsaufgabe und nicht in der Innenpolitik aktiv zu werden. Und hier wird immer mehr und systematisch eine Akzeptanz in der Bevölkerung geschaffen, dass die Bundeswehr vor Ort tätig ist. Aber sie haben dort vom Gesetz her nichts zu suchen. Und man muss ganz klar sehen, dass die Bundeswehr immer mehr die Aufgaben des Katastrophenschutzes übernimmt. Das heißt mit anderen Worten, dieser wird militarisiert. Und das ist ganz klar, dass man diese Dinge beobachten muss und deutlich machen muss, hier wird der Versuch umgesetzt, den die Bundesregierung längst schon umgesetzt haben möchte, nämlich grundgesetzlich zu verankern, dass die Bundeswehr im Inneren eingesetzt wird.

[Footnotes]

1 In voller Länge auf:

<http://de.indymedia.org/2007/04/172614.shtml>

Liebe Kriegsgegner, die Deutschen lernen in diesen Jahren seit 1990 wieder nur zu gut, welche Kriege IHRE sind. Die Jungs und Mädels von der Bundeswehr sind in alle möglichen alten Geschichten verstrickt und müssen ständig irgendwelchen Vereinten Nationen oder amerikanischen Kollegen „aus der Patsche helfen“ (mit „Dialog“ und „Europäisierung“ zum Beispiel). 150% der Deutschen fällt beim Afghanistaneinsatz „unsrer Jungs“ auf, wie teuer eine (diese!) Armee ist, und daß irgendeine Partei auch Kindergärten bauen sollte (deutscher Sozialismus eben), und daß die Wehrjungs doch nicht ihr frisches deutsches Leben in diesem schmutzigen amerikanischen Krieg aufs Spiel setzen sollten.

Über die deutsche Militärregierung in Jugoslawiens Teilen und den epochalen militärpolitischen Erfolg der deutsch-europäischen Kongo-Initiative hingegen scheinen nicht einmal die edelsten Deutschlandverteidiger unterrichtet zu sein. Welche deutsche Bank wurde 1999 Treuhänderin der jugoslawischen Zinkgruben und Autowerke? Und welche deutsch-europäische Bank führte den Euro in mehreren jugoslawischen Teilrepubliken ein? Und warum sind die meisten german boys on tour in Jugoslawien? Und warum muß in Kongo ein französischer General jedem deutschen Hauptmann die wohl auch technisch

Propaganda:

„GERMANS GO HOME!“

Aufkleber 12,7 x 10 cm ·

wetterfest

15 ct/stück · 10 Stück=100 ct



Fanfare-Zeitung Nr. 40

Erschienen 01. Oktober 2006

32 Seiten · 100 ct/stück

Beides zu beziehen über

Fanfare@FDJ.de

Warum die Losung »Germans go home« gegen den deutschen Militarismus noch nicht ganz ausreichte

nicht ganz uninteressante französische Militärmacht subordinieren?

Die vielen Bundeswehreinsätze sind nicht gleich „schlimm“ oder gleich bedeutend. Jugoslawien- und Kongo-einsatz sind der deutschen Bourgeoisie weit lohnender, als jetzt in Afghanistan und Irak Konzessionen für amerikanische Konkurrenten aus dem Feuer zu holen und in der „Umarmung durch die Heuschrecken“ ganz das eigene Interesse zu vergessen. Die nur partielle deutsche Kriegsmüdigkeit wurde mancherorts ernsthaft als Friedensfähigkeit des deutschen Imperialismus gedeutet.

„Nein zum Krieg“ skandierte die deutsche Bourgeoisie schon 2003 und führte den Frieden direkt in und mit Irak gegen die USA, wogegen die deutsche antiamerikanische Opposition in der Irakfrage von 1990 noch ein Mucks war. „Not our boys“ grummelt die deutsche Bourgeoisie seit 2004 und hißt die Friedensfahne über Afghanistan, um ihren ruhigen Dialog und Handel mit den ehemals antisowjetischen, neuerdings in Antiamerikanismus machenden Lokalreaktionären auch Afghanistans zu führen. „Israel beschützen“ schwor die deutsche Bourgeoisie 2006 - und war „westliche Pflichten“ wieder sichtlich

leid. Auch der Libanonkrieg war also kein echter deutscher Krieg, bei dem Deutsche so richtig mit dem Herzen dabei sein wollten.

Derweil manche CDUler mit veralteten außenpolitischen Strategien jetzt die USA beschwichtigen wollen, reift Schröders fixe Friedensmacht-Idee in Deutschlands Herzen und bricht voll mit den USA. So bröckelt das westliche Bündnis gegen die ehemalige Sowjetunion von Krieg zu Krieg auseinander. Der Kalte Krieg ist vorbei und Rußlands Seite wird neu verhandelt. Die aktuellen deutschen Kriege aber laufen gegen Jugoslawien und gegen Kongo, wo STAATEN sich anschickten, den deutschen Sonderweg zu blockieren - statt in Großwestdeutschland einen tollen Handelspartner mit einer tollen Geschichte zu haben, wie es Husseins Irak und die exjugoslawischen Republiken und Iran pflegen.

Das also ist Antimilitarismus (bitte nicht zu verwechseln mit Pazifismus) heute: Hände weg von Jugoslawien! Bundeswehr raus aus dem Kongo! Kein Frieden mit der BRD! Nie wieder DEUTSCHE Kriege! Nie wieder DEUTSCHER Faschismus!

Johannes



Zur EU-Ratspräsidentschaft

Dass die Ratspräsidentschaft auf eine Dreier-Führung mit 18-monatiger Laufzeit ausgeweitet wird, ist bereits die Umsetzung eines Teils der EU-Verfassung.¹ Deutschland profitiert von dieser Regelung, aufgrund seiner ökonomischen und politischen Stärke im Vergleich zu den beiden kleineren Mitgliedsstaaten Portugal und Slowenien. Was aber hat die deutsche Regierung für die Dauer der EU-Ratspräsidentschaft geplant? Innerhalb Deutschlands sind umfassende PR-Kampagnen in Planung, ca. 400 so genannter "Kommunikationsevents", wie bundesweite Projektstage in Schulen und "Bürgerkonferenzen" - also ob die irgendwas mitzusprechen hätten. Die Inszenierung der Feier zum 50. Geburtstag der Gründung der EWG war ebenfalls ein solches „Kommunikationsevent“. All diese Komödien zielen auf eine breite Mobilisierung der deutschen Bevölkerung zu den zentralen Berliner Vorhaben, also v.a. darauf, den Verfassungsvertrag zu ratifizieren. Die Regierung polterte dann im Vorfeld schonmalschon mal gegen demokratische Entscheidungsprozesse. Angela Merkel kennt keine Parteien mehr, sie forderte alle Parteien im Bundestag auf, den Großmachtkurs der Regierung zu unterstützen und "[...] diese Präsidentschaft zu einem nationalen Anliegen [zu machen]". Der Vizekanzler steht schon bei Fuß und ereifert sich: "Deutschland braucht für die Ratspräsidentschaft eine ähnliche Begeisterung wie während der Fußball-WM"².

Innerhalb der EU bleibt das Hauptziel der deutschen Regierung der Abschluss eines EU-Verfassungsvertrags. Merkel hat sich zum Ziel gesetzt, so schnell wie möglich einen neuen Vertrag auf den Tisch zu bekommen, spätestens bis zum 2. Halbjahr 2008. Kritisiert wurde, wie beim ersten Verfassungsentwurf auch schon und

wie zuletzt bei der sog "Berliner Erklärung", dass das deutsche Vorgehen nicht transparent ist. Britische Liberale kritisierten, dass die Berliner Erklärung unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgehandelt wurde. „Ein in den Katakomben des Bundeskanzleramts entworfenen Text dürfte nicht anfangen mit ‚Wir Bürger Europas‘“, so zitierte Spiegel-Online deren Fraktionschef Graham Watson³. Tschechiens Präsident Vaclav Klaus kritisierte an Merkel und ihrer Erklärung: „Es fehlt eine demokratische Debatte, eine demokratische Diskussion. (...) So kann man das wirklich leider nicht machen.“ Einzelne Regierungen seien nicht ausreichend eingebunden worden. „Einen Text 24 Stunden vor Beginn dieses Treffens zu bekommen, ist für die tschechische Regierung sehr problematisch“⁴. Doch

„Die Idee für das Drehbuch wurde schon vor einem Jahr fixiert. (...) Die deutsche Regierung hatte sich in den ersten sechs Monaten ihrer eigenen Amtszeit, also zwischen Januar und Juni 2006, schon mit den Elementen des Schauspiels „Auferstehung des Verfassungsvertrages“ befasst. (FAZ 26.03.2007)“.

Nichts steht also mehr dem Schauspiel im Wege, 2009 ein deutsches Militärdiktat über die Völker Europas in der Verkleidung einer EU-Verfassung zu präsentieren.

ein kleiner Anruf von Merkel bei der tschechischen Regierung reichte aus, so dass Klaus stelledamit auch der tschechische Präsident Klaus sich genötigt sieht, aber grundsätzlich klar zu stellen, dass natürlich auch seine Regierung bis 2009 einen EU-Grundlagentext ratifizieren wolle. (FAZ 23.3.2007) möchte. Die Berliner Erklärung schreibt Reformen innerhalb der EU-Strukturen fest, die anlässlich der Wahlen zum EU-Parlament 2009 durch einen "modernen Vertrag" (Der Spiegel)⁵ auf eine "erneuerte gemeinsame Grundlage" (ebenda) gestellt werden soll. Das Reiz-

wort "Verfassung" wird hierbei bewusst vermieden.

Neben Großbritannien haben Polen, Tschechien, Irland, Portugal, Dänemark und Schweden den Ratifizierungsprozess der EU-Verfassung auf unbestimmte Zeit verschoben oder ausgesetzt.

Berlin verfolgt u.a. deshalb auch die Strategie, eine weitere Straffung der EU, vielleicht sogar die Verfassung, auf dem Umweg über die Außen- und Verteidigungspolitik erzwingen. German Foreign Policy schreibt: "Auf einer hochrangig besetzten Tagung der Bertelsmann-Stiftung hieß es im vergangenen Frühjahr ganz ähnlich, die EU lasse sich wohl nur weiterentwickeln, wenn man äußere Bedrohungen ins Zentrum der politischen Propaganda rücke. „Energie, Terror, Migration“ seien geeignete Themen noch unterhalb der Schwelle des Krieges, um die europäischen Staaten unter tatsächlichem oder angeblichem externem Druck zusammenzuschweißen."⁶

Weiterhin forciert die deutsche Bourgeoisie den Aufbau einer EU-Armee. Die Militarisierung der EU war ebenfalls schon im alten Verfassungsentwurf angelegt. Ziel ist, militärische Ressourcen anderer Mitgliedsstaaten für die Kriegsgänge der Deutschen bedingungslos rekrutieren zu können.

Der politischen Rahmen der Militarisierung schlägt sich in der Stoßrichtung der EU-Außenpolitik nieder, die deutschen Imperialisten machen kein Geheimnis daraus, welchen Impuls sie dieser Richtung mitgeben wollen. In einem Strategiepapier der Bertelsmann-Stiftung heißt es: „Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik.“ Das Papier schließt mit der Bemerkung, „das große politische und wirtschaftliche Machtpotential der EU“ erlaube „den Vergleich mit den USA“.

Bereits im Februar wurde der Vertrag von Prüm abgeschlossen, der die EU-weite Repression effizienter für die Herrschenden gestaltet, durch europaweit erleichterten Zugang zu Fahndungsdateien, Fahrzeughalterregistern und DNA-Datenbanken.

Ein strategisches Kernelement der EU-Außenpolitik ist die Frage, wie die Rahmenbedingungen bei der Energieversorgung für die kommenden Jahre fest geklopft werden.

Berlin zielt dabei auf einerseits auf engere Beziehungen zu Russland, lässt sich aber andere Optionen offen.

Das Bündnis mit Russland hat zunächst einmal mehrere Vorteile für den deutschen Imperialismus: Deutschland befindet sich hier in einem langfristig angelegten Klärungsprozess, der sich auf die gesamte Rohstoffwirtschaft bezieht und für die kommenden Jahrzehnte die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit den nötigen Ressourcen sicherstellen soll. Mit einem deutschen „Rohstoffreserven“ ist der Prozess vor zwei Jahren eingeleitet worden, er soll in diesem Jahr zu konkreten Ergebnissen kommen. Die wichtigste Frage dabei: Belieferung der Bundesrepublik mit Erdöl und Erdgas aus dem Ausland, und daher ist neben dem Bundeswirtschaftsministerium auch das Auswärtige Amt an den Planungen beteiligt. „Die Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung von Importen ist im Zeitablauf ständig gestiegen. Sie beträgt bei Uran 100%, bei Mineralöl nahezu 97% und bei Gas 83%. Bei Steinkohle beträgt der Importanteil 61%. Lediglich bei Braunkohle und bei den erneuerbaren Energien greift Deutschland vollständig auf einheimische Energieproduktion zurück.“⁷

In der 2. Hälfte 2007 soll eine „energiepolitische Gesamtstrategie“ fertig sein, die einschneidende Konsequenzen für die zukünftige deutsche Außenpolitik haben wird. Berlin nutzt dabei die EU für seine nationalen Ziele. „Die im Zusammenhang mit der Energieversorgung auftretenden Probleme“, heißt es in Kreisen der Bertelsmann-Stiftung, werden sich „im Alleingang nicht lösen lassen, so dass eine verstärkte europäische Integration in diesem Bereich erforderlich scheint. Als primärer Handlungsauftrag kristallisiert sich daher die Formulierung einer gemeinsamen, europäischen Energiestrategie heraus.“⁸

Vor allem aber bildet die gemeinsame Energiestrategie eine Basis, auf der eine gemeinsame EU-Außenpolitik konkretisiert werden muss. Denn die von Berlin forcierte Energiestrategie

erfordert unter anderem eine Option für bestimmte Lieferstaaten, an der sich dann die diplomatischen Aktivitäten ausrichten haben. Damit stellt die Energiestrategie Hebelkraft zur Verfügung, mit der Deutschland abweichende außenpolitische Konzepte schwächen kann.

Ein weiteres bereits genanntes Kernanliegen der deutschen Ratspräsidentschaft ist die Migrationspolitik. Die sog. „EU-Grenzschutztruppe“ Frontex, eine staatlich finanzierte Bande von Menschenjägern, soll weiter ausgebaut und mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden. So soll sie in Zukunft eigenständig hoheitliche Tätigkeiten auf dem Territorium von EU-Mitgliedsstaaten übernehmen dürfen. Bekannt, aber wenig beachtet, ist die Tatsache, dass sie diese Tätigkeiten bereits illegal in den Hoheitsgewässern von Nicht-EU Mitgliedsstaaten im Mittelmeer ausgeübt haben, als es darum ging, einen Frachter mit Flüchtlingen am Verlassen der Hoheitsgewässer Lybiens zu hindern.

Das Treiben der deutschen Außenpolitik auf den genannten Ebenen der Bündnispolitik, der politischen Strukturen der Europäischen Union und der Abschottung nach Außen lassen erahnen, wohin der Weg gehen soll, den der deutsche Imperialismus vorgibt.

Es wird Zeit den Widerstand in unserem Land dagegen zu organisieren.

Ed

[Footnotes]

1 Artikel 1 aus dem Verfassungsentwurf:

(1) Der Vorsitz im Rat außer in der Zusammensetzung „Auswärtige Angelegenheiten“ wird von zuvor festgelegten Gruppen von drei Mitgliedstaaten für einen Zeitraum von 18 Monaten wahrgenommen. Diese Gruppen werden in gleichberechtigter Rotation der Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung ihrer Verschiedenheit und des geografischen Gleichgewichts innerhalb der Union zusammengestellt.

(2) Jedes Mitglied der Gruppe nimmt den Vorsitz in allen Zusammensetzungen des Rates außer in der Zusammensetzung „Auswärtige Angelegenheiten“ im Wechsel für einen Zeitraum von sechs Monaten wahr. Die anderen Mitglieder der Gruppe unterstützen den Vorsitz auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms bei all seinen Aufgaben. Die Mitglieder der Gruppe können untereinander alternative Regelungen beschließen.

Quelle: http://europa.eu.int/constitution/de/fptoc138_de.htm#a611

2 Alle Zitate im Abschnitt nach: Kronauer, Jörg: „Gewisser Platzhirschstatus“ in: *Konkret* 03/2007

Menschenhändler

Die Deportation von MigrantInnen soll durch Abkommen mit afrikanischen Staaten erleichtert werden. Als Modell-Länder sind Mauretanien, Mali und Senegal vorgesehen. Deutschland will die Migration in die EU so gestalten, dass bedarfsorientierte Arbeitskräftekontingente, die direkt von der Industrie aus den ärmeren Ländern angefordert werden eine Einreiseerlaubnis bekommen. Die BRD hat so bereits seine Rekrutierungen der osteuropäischen Arbeitskräftekontingente geregelt und nun wird das durch das erste „EU-Job-center“ in Mali ebenfalls geschehen. Vermittelt über die jeweiligen Regierungen, nimmt das „Zentrum“ Personalwünsche europäischer Unternehmen entgegen und teilt ihnen Kontingente von Billigarbeiter aus den afrikanischen Armutsstaaten zu. Die Einreisevisa der Arbeitskräften aus Afrika sind an Arbeitsverträge gekoppelt; beides wird in Malis Hauptstadt Bamako ausgestellt. Gegebenenfalls werden die Arbeiter mit Sprachkursen und branchenspezifischen Trainingsmaßnahmen an den Bedarf der europäischen Firmen angepasst. Nach einer Nutzungsdauer von sechs bis neun Monaten müssen sie wieder aus der EU ausreisen. Um die Kontrolle zu vereinfachen, werden ihre biometrischen Merkmale gespeichert und ein elektronischer Vermerk mit dem Ende des Arbeitszeitraums angelegt.⁹ Zudem sollen mit sämtlichen afrikanischen Herkunftsstaaten so genannte Rücknahmeabkommen abgeschlossen werden, die die Abschiebung überflüssig gewordener Arbeitskräfte erleichtern.

3 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,474540,00.html>, 28.03.2007

4 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,473747,00.html>

5 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,473747,00.html>

6 <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56726>

7 „Energieversorgung für Deutschland, Statusbericht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, für den Energiegipfel am 03. April 2006“

8 <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56726>

9 Kommission für GastarbeiterInnen auf Zeit; *Der Standard* 09.02.2007

Achsenmächte

Karte. Trotzdem sind sie nützlich, falls die deutsche Bourgeoisie ihr scheinbar philosemitisches Gewand wieder ablegen möchte – hier werden vielleicht die ideologischen Allianzen von morgen geschmiedet.

The Axis of Evil

Bühne frei für den letzten Antisemiten der Welt, Mahmud Achmedinedschad, Präsident des Iran. Viel gescholten für seine Tiraden gegen die USA, gegen Israel, gegen die Juden, gegen den Westen, gegen Homosexuelle – überhaupt gegen alles, was der Deutsche so schätzt und wofür er jederzeit auf die Straße gehen würde...

So manifestieren sich Widersprüche, Widersprüche in der deutschen Bourgeoisie, Widersprüche im deutschen Volk. Ein verrückter Anführer und seine morgenländischen Untertanen, im Besitz des gespaltenen Atoms und seiner Macht, verängstigen die abendländischen Massen, wo er diesen doch eigentlich so aus der Seele spricht, auf den Punkt bringt, was sich viele nur am Stammtisch und beim Politfrühstücken zu sagen trauen. Der gleiche Anführer und sein Volk und sein Atom rufen aber bei den abendländischen Herrschenden hierzulande durchaus weniger eindeutige Gefühle hervor, denn sie wissen, was sie öffentlich sagen dürfen, und sie wissen, was sie zu tun haben.

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland...

will heißen: Deutschland ist Meister im Morden, die Shoah war eine deutsche Erfindung; und daran wird auch ein Iran oder sonstwer nichts ändern. Das will nicht heißen, dass es im Islam oder sonstwo keinen Antisemitismus gibt. Schon seit seiner Erfindung gibt es in den islamischen, wie in den christlichen Reichen, Judenhass und Judenverfolgung, Entrechtung und Pogrome. Je weniger säkular und fortschrittlich der staatliche Anstrich, desto umfangreicher die juristischen und physischen Einschränkungen. Ein gefundenes Fressen also für die deutschen faschistischen Aasgeier: Wie zu Massen in Deutschland fanden sie gerade in den Gebieten Palästinas und des Irak vor dem Zweiten Weltkrieg fruchtbaren Boden für die Vereinigung von Halb-

mond und Hakenkreuz. Berüchtigt der Großmufti von Jerusalem, al-Husseini, dessen Anordnungen zum Judenmord (und deren Ausführung) in Palästina ihm in Berlin zu Ehren wurden. Während der deutschen Besetzung war seine SS-Hanzar-Division in Jugoslawien mitverantwortlich für die Ermordung von 250.000 Serben, Juden und Sinti und Roma. (Mehr dazu in: Streibar Materialismus 27/2006, Emanuel Nassauer, „Deutscher Jihad“)

Willige Vollstrecker deutschen eliminatorischen Antisemitismus zu Nazizeit. Und heute? Die deutschen Apologeten des Antisemitismus haben nun eben eine neue Leitfigur. Der iranische Präsident darf eine Konferenz zu den „offenen Fragen“ des Holocaust (d.h., eine Holocaustleugner-Konferenz) einberufen; deutsche Nazis können so weiter ihre althergebrachten Kontakte schmieden, ihre Ideen und Ideologien weiter verbreiten. Die Ausrichter dieser Konferenz werden damit wieder zu Steigbügelhaltern, wenn nicht willigen Vollstreckern, des deutschen Antisemitismus. Dass diese Vorgänge nicht öffentlich bejubelt werden, ist klar, schließlich hat Deutschland seine Geschichte „verarbeitet“ und setzt momentan auf die demokratische

Deutschland war noch nie besonders wählerisch in Fragen von Freundschaften, Bündnissen und Beziehungen – ob im sog. Antikomintern-Pakt, bei Pinochet und Stroessner, oder eben im regen Handelsaustausch mit Regimes im Nahen Osten. Denn eigentlich geht es Deutschland vor allem um den Ausbau der eigenen Interessen, der geostrategischen Hegemonie im Nahen Osten. Der Hauptkonkurrent deutscher Bestrebungen weltweit hat sich auch in der Golfregion bislang behauptet: Noch sind die USA die Besatzungsmacht im Irak, noch ist das amerikanische Engagement entscheidend in der Region. Doch sollte „Europa ... ein gemeinsamer Unterstützer, mit den USA, des Friedens im Nahen Osten werden. Es sollte seine gewohnte Passivität ablegen, sich aktiv einmischen und – wenn es darum gebeten wird – sogar Truppen entsenden, um einen Frieden zu überwachen.“ (C.Schmidt in *Internationale Politik*, Januar 2002)

Der Achse Berlin-Bagdad haben die Amerikaner ein vorläufiges Ende gesetzt; jetzt geht es um eine Achse Berlin-Teheran, den Iran, der als letzte Großmacht der Golfregion dargestellt wird. Eine Großmacht, gegen die die USA jüngst (und aus gutem Grund)



Hitler empfängt den Mufti von Jerusalem 1941 in Berlin

wieder mehr als nur halbherzige Sanktionen angedroht haben; eine Großmacht, die in der deutschen Handelsbilanz eine durchaus wichtige Rolle spielt.

Die deutschen Exporte beliefen sich 2005 auf 4,4 Mrd. Euro, Platz 35 immerhin in der deutschen Exportrangliste (s. Berliner Zeitung, 01.09.2006). Deutschland ist zweitstärkstes Lieferland in den Iran, mit 10,1% aller Importe; darunter sind die wichtigsten Waren Maschinen, Fabrikationsanlagen, Kfz-Teile. Allein DaimlerChrysler investierte 2005 34 Mio. US\$ im Iran. (s. http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_2560.pdf und http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_2714.pdf)

Dabei ist nicht zuletzt der Export von Komponenten für das iranische Atomprogramm – bei Unterlaufen der eigentlich bestehenden internationalen Beschränkungen sowie der prominenten Rolle der BRD bei den laufenden Verhandlungen – ein durchaus wichtiger Faktor: Im März 2006 wurden 41 deutsche Firmen wegen des Verdachts illegaler Exporte durchsucht, von denen eine offenbar seit mindestens 2003 in Deutschland ein Netzwerk aufgebaut hat, um Bestandteile für Irans Atomtechnologie über Russland in den Iran zu bringen. In fünf oder sechs Fällen sind durch die Firmen auch Lieferungen erfolgt, bestimmt vor allem für den Atommeiler Buschehr. Dabei ging es (wie schon im Irak) vor allem um sog. Dual-use-Materialien, also sowohl zivil als auch militärisch nutzbare Teile. (<http://www.tagesspiegel.de/politik/archiv/28.03.2006/2437459.asp>)

Europa unter deutscher Führung verhandelt seit 2002 mit dem Iran über ein Assoziierungsabkommen und mit Syrien über einen Beitritt zum EU-Mittelmeer-Abkommen. Dieses würde die ökonomischen bilateralen Beziehungen um ein Vielfaches vereinfachen, da lästige Regulierungen und Zölle jeder Art minimiert würden. Zunehmend interessant für die deutschen Exporteure werden nach Angaben des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels die rohstoffreichen Länder des Mittleren Ostens, die von den hohen Ölpreisen profitieren und kräftig investieren. „Für 2006 gehen wir von einem Exportwachstum von 15 Prozent



Mufti Amin al-Husseini während seines Aufenthaltes in Berlin, 1941

aus“, sagte Präsident Anton Börner und warnte vor einem Handelsembargo des Westens gegen den Iran wegen dessen Atomprogramm. „Eine mittel- bis langfristige Folge wäre in jedem Fall, dass dieser wichtige Markt an unsere asiatischen Wettbewerber... verloren ginge.“ Iran sei mit einem Exportvolumen von zuletzt 4,5 Mrd. Euro wichtigster deutscher Handelspartner der Region. (http://www.exportberatung.de/Exportweltmeister_2005_Deutsch.118.0.html)

Read my lips...

So ist denn also das deutsche Engagement im Nahen Osten, auch am Verhandlungstisch über das iranische Atom, ein Lippenbekenntnis. Deutschland wird einen Dreck tun, um diesen Iran irgendwie zu sanktionieren (gar mit einem Embargo, das die deutschen Kassen schädigt). Möglich ist, dass eine „Coalition of the Willing“ unter US-Führung die Forderungen gegen Iran mit Waffen durchsetzen wird – eine Koalition, der Deutschland wahrscheinlich, wie schon gegen den Irak, aus eigenen Interessen nicht angehören könnte. Es mag aber auch sein, die deutsche Bourgeoisie entscheidet sich, aus der momentanen Lage heraus, für das westliche Bündnis.

Deutschland hält sich, wie immer (noch), alle Optionen offen und entscheidet sich gerade für den deutschen Sonderweg: Teilnahme an den Verhandlungen über Irans Nuklearprogramm, Teilnahme am Nahost-

„Friedens“quartett (schließlich war die „Road Map“ eine deutsche Erfindung), Entsendung deutscher Soldaten an die libanesische Küste, Ausbau der Assoziierungsabkommen, rege Handelsaktivitäten mit dem Iran. Entscheidend sind eben nicht die guten Beziehungen zu diesen oder jenen Staaten, sondern der Ausbau deutscher Interessen im Nahen und Mittleren Osten – gerade in einer Zeit, in der die USA immer weitere Konzessionen in der Region abgeben. Auch gegenüber und für Israel.

Und weil Propaganda fürs Volk und für die (noch) Bündnispartner wichtig ist, bezieht die BRD gleichzeitig Stellung gegen den Paradeantisemiten Ahmadschad, während hierzulande die Antisemiten und alle anderen Nazis ungehindert weiter ihrer Profession in Wort und Tat nachgehen dürfen: 2006 gab es in Deutschland 18.000 „rechts-extremistische“ Straftaten, darunter 1.100 Gewaltdelikte, das macht 60 Nazistraftaten und 30 Naziübergriffe am Tag. Es geht diesem Staat also nicht darum, gegen Antisemitismus vorzugehen, weder zuhause noch woanders. Alle bürgerliche Propaganda gegen den Antisemitismus und für Israel ist und bleibt Lippenbekenntnis. So muß sich jedeR selbst entscheiden, auf wessen Seite sie/er steht.

„Hört nicht auf das, was sie sagen, achtet auf das, was sie tun.“

(Vladimir Jankélévitch)

Es geht also um deutsches Vormachtstreben und Kriegsgelüst, nicht zuletzt auch um die de facto Bedrohung Israels durch iranisches Kriegsgeheul.

Diana

nein!

zur Annaberg Gedenkfeier in Schliersee

Antifaschistische Demonstration

**Sonntag 20.05.07 10 Uhr
Bahnhof Schliersee**

weitere Informationen: www.frei-korps-oberland.de

Rechtsextreme Traditionspflege stoppen !

Infoveranstaltungen im Vorfeld
Beginn jeweils 19:30 Uhr, Eintritt frei

Do., 26.04. „Rechtsextremismus im

Oberland (und Bayern)“

Referent: Robert Andrausch

**„Zum Grieschen“, Schliersee Straße 1,
83724 Hausbrunn**

Do., 03.05. „Die Tüde-Gesellschaft“

Referent: Hermann Göttsch, 10 Mittel
Jugendbildungsstelle, Untertellen 28,
83727 Schliersee

Fr., 11.05. „Freikorps- und Bund

Oberland“

Referent: Dr. Myr

Gasthof Prossener, Meesbach

Straße 21, 83727 Schliersee

ViS.e: Michael Kersch, 100 43 Haupt

Anger, Schliersee, 83727 Schliersee



**Bundnis gegen
rechtsextreme Untertreibung
im Oberland**



**Petra Kelly
STIFTUNG**

Antifaschismus und
Antirassismus

Wir dokumentieren den Aufruf des „Bündnis gegen rechtsextreme Umtriebe im Oberland“:

Jedes Jahr im Mai findet in dem oberbayrischen Schliersee eine gruselige extrem rechte Gedenkveranstaltung statt: die sog. „Annaberg-Gedenkfeier“. „Deutschland, Deutschland über alles“ schallt es vom Schlierseer „Weinberg“ wenn das „Freikorps Oberland“ unter schwarz-weiß-roten Fahnen seiner gefallenen Kameraden „gedenkt“. Auch in diesem Jahr, genauer am Sonntag den 20.05.2007, soll dieser braune Spuk wieder stattfinden. Zeigen wir gemeinsam den Alt- und Neonazis, dass sie unerwünscht sind.

Wer organisiert das braune Gedenken?

Die „Annaberg-Gedenkfeier“ wird gemeinsam von der Landsmannschaft der Oberschlesier und der rechtsextremen „Kameradschaft Freikorps- und Bund Oberland“ organisiert. Diese Kameradschaft, unter ihrem „Führer“ Jürgen Popp (aus Rosenheim), bezieht sich auf das historische Freikorps Oberland. Welch menschenverachtendes Gedankengut innerhalb dieser „Kameradschaft“ gepflegt wird, zeigt Ihr Mitteilungsblatt „Der Oberländer“. Hier finden sich Artikel aus den unterschiedlichsten rechten Publikationen. Ob Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus, Verschwörungstheorien oder Berichte von Neonaziaufmärschen, zahlreiche rechte Themenfelder werden bedient. So verwundert es auch kaum, dass die „Kameradschaft“ an Gedenkveranstaltungen der faschistischen NPD teilnimmt und deren Pressemitteilungen in ihrem Mitteilungsblatt abdruckt.

Wer war das Freikorps Oberland?

Das Freikorps Oberland war ein paramilitärischer, deutschnationaler und antikommunistischer Freiwilligentrupp, welcher als Vorläuferorganisation der SA gilt. Es ging aus der antisemitischen „Thule-Gesellschaft“ hervor. Wessen Geistes Kind diese Organisation war, wird an einem Zitat ihres Gründers Rudolf von Sebottendorf (Geburtsname: Rudolf Glauer) deutlich: „...Wir sind keine Demokraten, wir lehnen Demokratie ab. Demokratie ist jüdisch, alle Revolution der Demokratie ist jüdisch...“. Am 19.04.1919 erhält dieser Sebottendorf die Ermächtigung

„Deutschland, Deutschland über alles...?“ Rechtsextremistische Traditionspflege stoppen! NEIN zur Annaberg-Gedenkfeier in Schliersee

das Freikorps Oberland aufzustellen. Wenige Tage später beteiligen sich bereits 300 „Oberländer“ an der blutigen Niederschlagung der Münchner Räterepublik und dem anschließenden „weißen Terror“. Im Juli 1919 sind bereits 1050 Mann unter dem Kennzeichen des Edelweißes kampfbereit. 1920 kämpfen Teile des Freikorps Oberland gegen die revolutionären Arbeiter im Ruhrgebiet und 1921 gegen polnische Freischärler in Oberschlesien. Im Rahmen dieser Kämpfe kam es am 21.05.1921 zu dem sogenannten „Sturm auf den Annaberg“, weswegen das jährliche „Gedenken“ in Schliersee statt findet. Umbenannt als „Bund Oberland“ beteiligten sie sich 1923 wesentlich am „Hitler-Ludendorff-Putsch“. Am 09.11.1933 wurde dann die Fahne der „Freikorps Oberland“ feierlich an die SA übergeben. Das Ziel - das „Dritte Reich“ - war erreicht.

Wer nimmt an der „Annaberg-Gedenkfeier“ teil?

Es kommen TeilnehmerInnen aus den unterschiedlichen rechten Spektren zu den jährlichen Feiern in Schliersee. Letztes Jahr waren, neben alten Freikorpskämpfern wie dem 97-jährigen Max Zastow aus Wien und „Vertriebenen“ auch neonazistische Skinheads anwesend. Trotz des zeitgleich in Gremsdorf (Lkr. Erlangen-Höchstadt) stattfindenden NPD-Landesparteitages, waren Münchner NPD AktivistInnen wie Pia Veitl und der ehemalige Münchner JN Stützpunktleiter Carsten Beck (jetzt „pro München“ und „Veritas Versand“) mit von der Partie. Auch junge lokale Rechtsextremisten, wie Stefan Leitner aus Hausham, waren ebenso präsent, wie etwa die altgediegene Edda Schmidt (NPD, Artgemeinschaft, Ex „Wiking-Jugend“...).

Warum in Schliersee?

Zum Gedenken an die „in Oberschlesien gefallenen Kameraden“ wurde in Schliersee am Weinberg ein Denkmal gebaut, welches am 30. September 1923

eingeweiht wurde. Nicht nur aufgrund von Naziaufmärschen entwickelte es sich in den Folgejahren zum faschistischen Pilgerort. Aus diesem Grund wurde das Denkmal 1945 von amerikanischen Streitkräften gesprengt. Jedoch wurde bereits 1956 an der Schlierseer „Weinbergkapelle“ eine Gedenktafel mit der Aufschrift: „Freikorps Oberland - Dem Gedenken seiner 52 im Freiheitskampf in Oberschlesien anno 1921 gefallenen Kameraden. Sie werden wieder auferstehen“ angebracht.

Was tun?

Wir wollen es nicht akzeptieren, dass sich RechtsextremistInnen ungestört in Schliersee treffen können. Wir sind eine weltoffene Tourismusregion und Gemeinde. Traditionspflege dieser Art, egal ob in Schliersee, Mittenwald, Bad Reichenhall oder am Ulrichsberg, darf nicht widerstandslos hingenommen werden. Setzen wir deshalb mit einer Demonstration ein deutliches Zeichen, dass Alt- und Neonazis unerwünscht sind. Zeigen wir, dass sich das Rad der Geschichte nicht rückwärts, sondern vorwärts drehen wird. Deshalb rufen wir auf, sich an der antifaschistischen Demonstration am 20.05.07 in Schliersee zu beteiligen. In diesem Sinne „Nie wieder Krieg! – Nie wieder Faschismus“

Es rufen auf:

Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Miesbach ♦ Friedensinitiative Bad Tölz-Wolfratshausen ♦ GEW, Kreisverband Bad-Tölz-Wolfratshausen ♦ IG Metall Jugendbildungsstätte Schliersee ♦ Jusos Miesbach ♦ Linkspartei.PDS Oberland ♦ Hans Pawlowsky, SPD Bundesparteiratsmitglied ♦ SPD Schliersee ♦ DGB-Jugend Südost-Oberbayern ♦ GEW Oberbayern ♦ GEW Rosenheim ♦ Grüne Jugend Bayern ♦ Grüne Jugend Rosenheim ♦ Infogruppe Rosenheim ♦ Jusos Bayern ♦ Linkspartei.PDS Kreisverband Rosenheim ♦ ver.di Jugend Bezirk Rosenheim



Von der Schweiz bis nach Afghanistan!
Wir sind die Truppe!
Bundeswehr - Mit uns in alle Welt, todsicher.